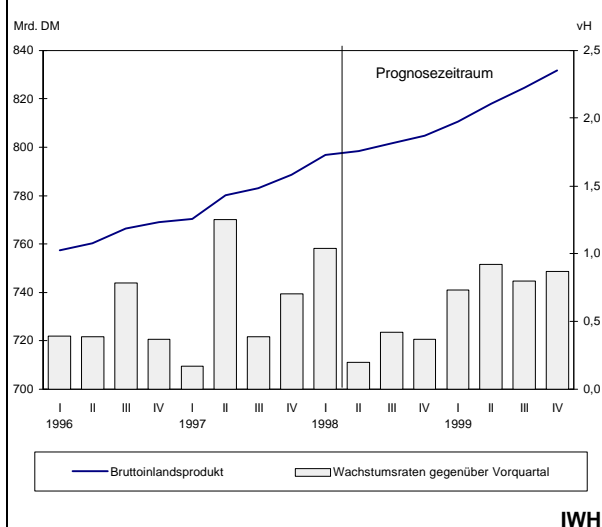


Deutschland 1998/99 – Binnennachfrage stärkt Aufschwung

Die konjunkturelle Aufwärtstendenz in Deutschland ist im ersten Quartal dieses Jahres stärker geworden. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß der Konjunkturfunkte zunehmend vom Export auf die Binnennachfrage überspringt, so daß der Aufschwung im weiteren Verlauf dieses und des nächsten Jahres an Breite gewinnen wird. Dies schließt allerdings Schwankungen der konjunkturellen Dynamik in den einzelnen Zeitabschnitten nicht aus. So ist im zweiten Quartal vor allem nach dem Auslaufen der Vorzieheffekte infolge der Mehrwertsteuererhöhung vorübergehend mit einer Verringerung der Auftriebskraft zu rechnen.

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- saison- und arbeitstäglich bereinigt, in Preisen von 1991 -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Die Impulse aus dem Ausland, die 1997 den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts zu 70 Prozent bestimmten, bleiben im Prognosezeitraum kräftig, auch wenn sie nach dem vorangegangenen Exportboom etwas an Stärke verlieren. Zuwächse kommen bei steigender Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure vor allem von der konjunkturellen Beschleunigung in der Europäischen Union, die 1999 von der Einführung des Euro gestützt werden dürfte. Dabei sind die negativen Auswirkungen in Rechnung gestellt, die direkt und indirekt auf den deutschen Export von der Ausbreitung des Krisenherdes in Asien ausgehen.

Angesichts der aufgehellten Gewinnerwartungen sowie unter dem Druck der gestiegenen Kapazitätsauslastung werden die Unternehmen ihre Investitionen in neue Ausrüstungen und gewerbliche Bauten deutlich erhöhen. Auch im Wohnungsbau gewinnen die Auftriebskräfte allmählich die Oberhand. Allerdings bleibt die Konjunktur bei den Unternehmensinvestitionen zwischen West- und Ostdeutschland gespalten. In den neuen Bundesländern setzt sich der Nachfragerückgang aufgrund der Übersteigerungen in den Jahren nach der Vereinigung fort und wird 1998 am stärksten zu Buche schlagen.

Impulse kommen in diesem und verstärkt im nächsten Jahr wieder vom privaten Verbrauch. Vor allem die seit Jahresbeginn wirksame steuerliche Entlastung und die leichte Entspannung am Arbeitsmarkt regen die privaten Haushalte zur Erhöhung ihrer Konsumausgaben an. Mit der sich abzeichnenden Besserung am Arbeitsmarkt werden die verfügbaren Einkommen bei moderaten Lohnsteigerungen 1999 erneut stärker als im Vorjahr steigen und angesichts des ruhigen Preisklimas zu einer weiteren Kräftigung des privaten Verbrauchs beitragen.

Alles in allem wird die Binnenkonjunktur 1998 als Antriebskraft der gesamtwirtschaftlichen Produktion gegenüber der Auslandsnachfrage hinzugewinnen und im kommenden Jahr an Bedeutung in etwa mit ihr gleichziehen. Nach 2,6 vH in diesem Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt 1999 mit 2,7 vH etwas schneller steigen. In Ostdeutschland dürfte dabei die Schwächephase langsam überwunden werden, so daß im nächsten Jahr hinsichtlich der Wachstumsdynamik fast wieder zu Westdeutschland aufgeschlossen werden kann.

Die Kräftigung des konjunkturellen Aufschwungs zeigt erste Spuren am Arbeitsmarkt. Während die Trendwende in Westdeutschland erreicht ist, setzt sich allerdings der Beschäftigungsabbau auf dem ersten Arbeitsmarkt in Ostdeutschland im Laufe dieses Jahres weiter fort und kommt frühestens im Herbst zum Stillstand. Das große gesamtwirtschaftliche Gewicht der schrumpfenden Sektoren Staat und Baugewerbe sowie die noch geringe Wettbewerbsfähigkeit stehen hier einer Entspan-

nung im Wege. Die vorübergehende Aufstockung der Mittel für die Arbeitsmarktförderung nach dem kräftigen Abbau im vergangenen Jahr schafft zwar Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt und wirkt einem Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit entgegen, liefert jedoch lediglich einen Aufschub für die Lösung der Arbeitsmarktprobleme.

Nach dem leichten Preisniveausprung im April und Mai dieses Jahres infolge der Mehrwertsteueranhebung dürfte sich der Anstieg der Lebenshaltungspreise im weiteren Verlauf des Jahres abschwächen und in diesem wie im nächsten Jahr bei nur reichlich 1 vH liegen. Trotz steigender Kapazitätsauslastung bleibt der Preiserhöhungsspielraum für die Unternehmen angesichts in diesem Jahr sinkender und im nächsten Jahr stabiler

Tabelle 1:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland 1998 und 1999

	1997	1998	1999
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH</i>		
Privater Verbrauch	0,2	1,7	2,2
Staatsverbrauch	- 0,4	0,2	0,6
Anlageinvestitionen	0,2	3,8	4,1
Ausrüstungen	3,9	8,5	8,5
Bauten	- 2,2	0,6	0,8
Letzte inländische Verwendung	1,2	2,2	2,2
Ausfuhr	10,7	8,8	7,3
Einfuhr	7,0	7,7	6,0
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,6	2,7
Westdeutschland	2,2	2,7	2,7
Ostdeutschland	1,6	2,0	2,6
	<i>in 1.000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland)	33.928	33.858	34.027
Westdeutschland	27.875	27.919	28.082
Ostdeutschland	6.053	5.949	5.945
Arbeitslose	4.385	4.334	4.164
Westdeutschland	3.030	2.924	2.814
Ostdeutschland	1.355	1.410	1.350
	<i>in vH</i>		
Arbeitslosenquote ^a	11,4	11,3	10,9
Westdeutschland	9,8	9,5	9,1
Ostdeutschland	18,3	19,2	18,5
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH</i>		
Preisindex für die Lebenshaltung	1,8	1,2	1,3
Westdeutschland	1,8	1,2	1,3
Ostdeutschland	2,1	1,5	1,5

^a Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Lohnstückkosten sowie des zunehmenden innereuropäischen Wettbewerbs gering. Die erwartete leichte Aufwertung der D-Mark bzw. des Euro wirkt ebenfalls beruhigend auf das Preisniveau, und bei den Rohstoffpreisen ist lediglich mit einem verhaltenen Anstieg zu rechnen.

Auch für die Euroregion insgesamt fällt die Inflationsprognose moderat aus. Ein nennenswerter Zinsschritt der Bundesbank oder der Europäischen Zentralbank ist daher nicht zu erwarten, zumal auch die Geldpolitik der künftigen EWU Verantwortung mit dafür trägt, die Krise in Südostasien nicht zu verschärfen. Jedoch kommt im weiteren Verlauf der Lohnentwicklung für die Geldpolitik und die Kontinuität des anziehenden Aufschwungs eine große Bedeutung zu. Drohen die Löhne den durch den Produktivitätsfortschritt und den als tolerierbar angesehenen Preisniveauanstieg zu überschreiten, wird die Zentralbank die geldpolitischen Zügel anziehen. In Ostdeutschland sollte die Lohnentwicklung im Prognosezeitraum angesichts der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit deutlich hinter dem Produktivitätsanstieg zurückbleiben.

Internationales Umfeld mit Licht und Schatten

Die Weltwirtschaft befindet sich weiterhin auf Wachstumskurs. Allerdings gehen von den Wirkungen der Asienkrise dämpfende Effekte auf die Konjunktur aus.

In den Ländern der zukünftigen Europäischen Währungsunion (EWU) hat sich der konjunkturelle Aufschwung gefestigt. In diesem Jahr wird das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,8 vH und 1999 um rund 3 vH zunehmen. Allerdings besteht das konjunkturelle Gefälle zwischen den EWU-Ländern fort. Während Nachfrage und Produktion in Irland, Finnland, Portugal, Spanien und in den Niederlanden besonders dynamisch expandieren, verläuft die

Tabelle 2:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der künftigen EWU - Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr -

	1997	1998	1999
Bruttoinlandsprodukt	2,5	2,8	2,9
Verbraucherpreise	1,7	1,4	1,7
Arbeitslosenquote in vH	12,4	11,8	11,2

Quellen: OECD; Prognose des IWH.

Der Einfluß der Asienkrise auf die Konjunkturprognose

Die Krise in Asien beeinflusst die konjunkturelle Entwicklung in Westeuropa über verschiedene Kanäle. Die zurückgehende Nachfrage der asiatischen Länder wirkt sich zum einen direkt auf den Export in diese Region und zum anderen indirekt auch auf den Export in andere Regionen aus. Hinzu kommen Absatzeinbußen im Binnenmarkt, in Asien und auf Drittmärkten aufgrund der verbesserten Wettbewerbsposition asiatischer Anbieter infolge der Währungsabwertungen. Diese Auswirkungen auf die Handelsströme lassen sich abschätzen und sind in der Prognose mit einem Abschlag bei den Exporten und einem Zuschlag bei den Importen berücksichtigt worden.

Eine Vertiefung oder Ausbreitung der Krise ist schwerer zu quantifizieren, da die Stärke der Rückwirkungen von internen Finanzkrisen, Abwertungswettläufen und Kapitalflucht mit größerer Unsicherheit behaftet ist. Das IWH schätzt das Risiko einer derartigen Verschärfung als gering ein.

In dieser Prognose wird davon ausgegangen, daß nationale wirtschaftspolitische Maßnahmen und gegebenenfalls internationale Beistandsmechanismen einen Zusammenbruch der asiatischen Finanzmärkte und damit eine – auch mit Blick auf eine mögliche Währungsabwertung in China – nochmalige Verschärfung der Krise verhindern, so daß die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der jüngsten Entwicklung in Asien auf die westeuropäischen Volkswirtschaften insgesamt gering bleiben werden. Die Kapitalanleger haben sich zunehmend aus der Krisenregion zurückgezogen und ihr Kapital – auch angesichts günstiger Konjunkturaussichten – in Europa und Nordamerika investiert. In der Folge sind hier die langfristigen Zinsen niedriger, als sie ohne diese Entwicklung wahrscheinlich wären. Die Finanzierungsbedingungen bleiben deshalb für die Unternehmen weiterhin günstig und fördern damit die Investitionstätigkeit. Per saldo dürfte der konjunkturelle Aufschwung in den westeuropäischen Ländern infolge der anziehenden Binnennachfrage daher trotz der dämpfenden Einflüsse der Asienkrise kräftig bleiben.

Entwicklung in Italien und Frankreich, ähnlich wie in Deutschland, bisher weniger schwungvoll.

Getragen wird der Aufschwung in den Ländern der künftigen EWU von der noch immer kräftigen Exportentwicklung. Die Impulse greifen aber zu-

nehmend auf die Inlandsnachfrage über. Im Prognosezeitraum kann deshalb angesichts günstiger Absatz- und Ertragsaussichten insbesondere mit einer Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen und vor dem Hintergrund einer wieder steigenden Beschäftigung auch mit einer Zunahme des privaten Verbrauchs gerechnet werden.

In den westeuropäischen Nicht-EWU-Ländern deutet sich eine leichte Abschwächung der wirtschaftlichen Expansion an. In den mittel- und osteuropäischen Ländern wird sich der Anstieg der Produktion infolge der weiteren wirtschaftlichen Erholung in Westeuropa in diesem und im nächsten Jahr fortsetzen. Die wirtschaftliche Entwicklung in Rußland wird allerdings durch den internationalen Preisverfall für Rohstoffe, die einen Anteil von ca. 70 vH an den Ausfuhren haben, und das mangelnde Vertrauen in die Stabilisierungspolitik belastet. Für Mittel- und Osteuropa insgesamt besteht auch weiterhin die Gefahr, daß es zu Turbulenzen auf den Finanzmärkten kommt.¹ Wie die jüngsten Erfahrungen der asiatischen Länder zeigen, ist bei hohen Leistungsbilanzdefiziten und anhaltender realer Aufwertung unter einem Regime gebundener Wechselkurse das Risiko spekulativer Kapitalabflüsse hoch. In den USA ist damit zu rechnen, daß der immer noch kräftige und langanhaltende Aufschwung abflachen wird. Die Ausfuhren nach Asien sind bereits rückläufig, und die Wettbewerbsfähigkeit der US-amerikanischen Anbieter hat aufgrund der Abwertung der asiatischen Währungen abgenommen.

Die Expansion der Weltwirtschaft wird gegenwärtig vor allem durch die Rezession in Japan und die andauernde Krise in Südostasien gebremst. Dort sind die Aussichten auf eine baldige wirtschaftliche Erholung deutlich eingetrübt. Die Abwertung des Yen stärkt zwar einerseits die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportgüterindustrie, was in der Folge eine Ankurbelung der japanischen Produktion bewirken kann. Gleichzeitig besteht hier aber die Gefahr, daß sich auch China zu einer Abwertung seiner Währung entschließt, um negative Auswirkungen auf seine Exportwirtschaft zu verhindern. In diesem Fall würde aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtungen ein Abwertungswettlauf dro-

¹ Vgl. WERNER, K.: Ungelöste Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 16/1997, S. 3-10.

hen, der auch den konjunkturellen Aufschwung in Europa beeinträchtigen kann. Gegenwärtig gibt es aber keine Anzeichen dafür, daß China tatsächlich zu einem solchen Schritt entschlossen ist. Zudem spricht gegen ein solches Krisenszenario die Erfahrung, daß insbesondere die führenden Industrieländer ihrer Verantwortung für die Stabilität der Weltwirtschaft Rechnung tragen werden.

Insgesamt dürfte das Weltwirtschaftswachstum infolge der neuerlichen Entwicklungen in Asien um einen Prozentpunkt – mit entsprechenden dämpfenden Effekten auf den Welthandel – gedrückt werden.

Deutsche Exportdynamik weiterhin kräftig

Nachdem der Export aus Deutschland im gesamten Jahr 1997 außergewöhnlich kräftig expandierte, ließ die Dynamik zu Beginn dieses Jahres vor allem infolge der Asienkrise etwas nach. So nahmen die realen Warenausfuhren saison- und arbeitstäglich bereinigt im ersten Quartal 1998 um reichlich 2 vH gegenüber dem Vorquartal zu, nach 2,7 vH im Zeitraum zuvor. Gleichwohl werden die Ausfuhren sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr aufgrund der anhaltend starken Auslandsnachfrage besonders der Haupthandelspartner Wachstumsimpulse erhalten. Darüber hinaus werden deutsche Unternehmen ihre Wettbewerbsposition von der Kostenseite her weiter verbessern, da die Lohnstückkosten in diesem Jahr erneut zurückgehen, im nächsten Jahr stagnieren und damit abermals hinter denen in den anderen Industrieländern zurückbleiben.

Auslandsmärkte

Kräftige exportstimulierende Impulse kommen vor allem aus den Ländern der zukünftigen EWU. Die deutschen Exporteure werden zunehmend von der Ausweitung der Investitionstätigkeit und des privaten Verbrauchs in diesen Ländern profitieren. Darüber hinaus läßt die Einführung des Euro mit dem Wegfall des Wechselkursrisikos und der Verringerung der Transaktionskosten einen positiven Impuls auf die Handelsbeziehungen zwischen den Teilnehmerländern erwarten.

Risiken für die deutsche Exportwirtschaft resultieren vorrangig aus den Turbulenzen in Asien. So zeigt der Rückgang der Warenausfuhren in die asiatischen Krisenländer bereits, daß sich die Absatzmöglichkeiten für deutsche Exporteure dort

deutlich verschlechtert haben. Darüber hinaus könnte die konjunkturelle Entwicklung in wichtigen Abnehmerländern, wie z.B. in den USA, stärker gedämpft werden. Infolgedessen würden sich die deutschen Exportaussichten auf diesen Märkten weiter eintrüben.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Mittel- und Osteuropa – und dabei besonders in Rußland – birgt ebenfalls Unsicherheiten für die deutsche Exportwirtschaft in sich. Zwar wurden in dieser Region bisher aufgrund der hohen Nachfrage nach Importwaren, insbesondere nach Investitionsgütern, enorme Exportzuwächse erzielt, jedoch könnte sich das anhaltend hohe Expansionstempo infolge der entstandenen Zahlungsbilanzprobleme in diesen Ländern deutlich verlangsamen.

In diesem Jahr rechnet das IWH mit einer Erhöhung der Warenausfuhren um 9½ vH, auch infolge des hohen statistischen Überhangs. Im Jahr 1999 werden sie um gut 7½ vH zunehmen.

Hohe Exportzuwächse in den neuen Bundesländern Tabelle 3:

Ausfuhr und Einfuhr Deutschlands an Waren und Dienstleistungen
- in Preisen von 1991 -

	1997	1998	1999
	<i>in Mrd. DM</i>		
Ausfuhr	921,3	1.002,1	1.075,1
Einfuhr	890,2	959,0	1.016,7
Außenbeitrag	31,1	43,1	58,4
	<i>Veränderung geg. Vorjahr in vH</i>		
Ausfuhr	10,7	8,8	7,3
Einfuhr	7,0	7,7	6,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.
dern

Auch die neuen Bundesländer konnten am Exportboom, der die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland bisher maßgeblich bestimmt hat, partizipieren. So lag der Zuwachs der Warenexporte 1997 mit einer Rate von fast 30 vH weit über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Dennoch blieb der Beitrag der ostdeutschen Wirtschaft zum gesamtdeutschen Export mit 3,3 vH weiterhin gering.

Exportiert werden vor allem Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft. Dabei handelt es sich vorrangig um Fertigwaren, die reichlich drei Viertel der

Tabelle 4:
Warenausfuhr aus Deutschland

Jahr	Deutschland		Neue Bundesländer ^a (Ursprungslandprinzip) ^b	
	in Mrd. DM	Entw.geg.Vj. in vH	in Mrd. DM	Entw.geg.Vj. in vH
1991	665,8		17,3	
1992	671,2	0,8	17,2	- 0,6
1993	628,4	- 6,4	17,2	0
1994	690,6	9,9	19,1	11,0
1995	749,5	8,5	21,8	14,1
1996	788,9	5,3	22,4	1,4
1997	887,3	12,5	29,0	29,5

^a Die Angaben für die neuen Bundesländer ergeben sich als Summe der Angaben der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. – ^b Als inländisches Ursprungsland wird bei der Ausfuhr das Bundesland ausgewiesen, in dem die Waren vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind oder ihre letzte wesentliche wirtschaftlich gerechtfertigte Be- oder Verarbeitung erfahren haben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

gesamten ostdeutschen Warenausfuhren ausmachen.

Wie aus der Regionalstruktur des Exports zu erkennen ist, waren die Bemühungen ostdeutscher Unternehmen erfolgreich, die Handelsbeziehungen mit den Industrieländern auszubauen und sich besonders auf den westlichen Exportmärkten zu etablieren. Hauptabnehmer für ostdeutsche Exportprodukte sind inzwischen die Länder der Europäischen Union und darunter jene der zukünftigen EWU. In die Europäische Union wurde knapp die Hälfte, in die EWU-Länder gut ein Drittel der ostdeutschen Exportgüter geliefert. Kräftig expandiert sind gleichfalls die Warenausfuhren in den amerikanischen und asiatischen Raum, wenn auch von einem sehr niedrigen Niveau aus.

Laut Industrieumfragen des IWH² erwarten die ostdeutschen Unternehmen insbesondere des Investitions- und Vorleistungsgütergewerbes weitere Exportsteigerungen. Es wäre jedoch verfrüht, angesichts hoher Zuwächse im Auslandsgeschäft und steigender Exporterwartungen in Euphorie auszubrechen. Letztlich tragen Exporterfolge nur dann zur Stabilisierung der ostdeutschen Unternehmen bei, wenn sich dadurch deren Ertragslage dauerhaft und nachhaltig verbessert. Mit der konjunkturellen

² Vgl. HASCHKE, I.; LUDWIG, U.: Hohe Exportdynamik im Verarbeitenden Gewerbe: Bessere Aussichten für die ostdeutschen Unternehmen?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/1998, S. 6.

Tabelle 5:
Warenausfuhr der neuen Bundesländer nach Regionen und Warengruppen

	1991	1997	1997
	Anteil in vH		Entw.geg.Vj. in vH
<i>Region</i>			
Gesamt	100,0	100,0	29,5
Europa	87,8	77,2	28,7
darunter: Europ. Union	27,2	45,2	28,4
Amerika	2,9	8,3	41,2
Asien	6,9	12,1	40,0
Übrige	2,4	2,4	- 12,5
<i>Warengruppen</i>			
Gesamt	100,0	100,0	29,5
Ernährungswirtschaft	8,1	11,0	6,7
Gewerbl. Wirtschaft	91,9	89,0	33,0
davon: Rohstoffe	1,7	1,4	- 20,0
Halbwaren	8,7	9,3	22,7
Fertigwaren	81,5	78,3	35,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

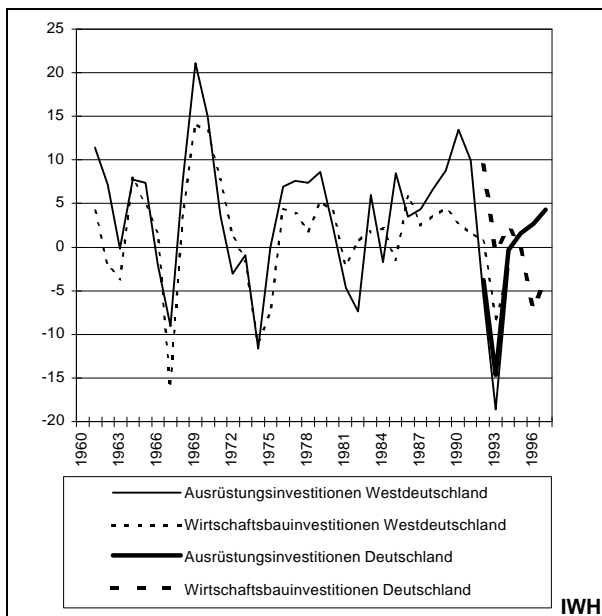
Aufwärtsentwicklung in den westlichen Industrieländern und der sichtbaren Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Unternehmen bestehen jedoch gute Chancen, daß deren Auslandsgeschäfte weiter zunehmen werden.

Schwungvolle Unternehmensinvestitionen 1998/99

Nachdem die Unternehmensinvestitionen im vergangenen Jahr nur verhalten expandierten, beleben sie die Binnenkonjunktur nunmehr deutlich. Im ersten Quartal 1998 stiegen sie saison- und arbeitstäglich bereinigt gegenüber dem Vorquartal um 3,4 vH. Die Beschleunigung der Unternehmensinvestitionen war maßgeblich durch die günstige Entwicklung der konjunkturellen Rahmenbedingungen bestimmt. Sondereffekte, wie die milde Witterung, dürften vor allem die Entwicklung der Wirtschaftsbauinvestitionen zusätzlich verstärkt haben.³

³ Die direkte Abhängigkeit der Ausrüstungsinvestitionen von der Witterung ist im Vergleich zu den Wirtschaftsbauinvestitionen insgesamt als gering einzuschätzen, da die Produktion nur in wenigen Branchen von Witterungseinflüssen beschränkt werden kann (z.B. Ausrüstungen im Baugewerbe oder im Schiffbau). Es kann lediglich der Fall eintreten, daß die Wirtschaftsbauten einen Engpaß im unternehmerischen Produktionsprozeß darstellen. Dann können bei einer günstigen Witterung mit der Beseitigung

Abbildung 2:
Entwicklung der Unternehmensinvestitionen^a in
Deutschland
- Veränderung zum Vorjahr in vH; in Preisen von 1991 -



^a Unternehmerische Ausrüstungsinvestitionen und Wirtschaftsbauminvestitionen ohne Wohnungsbau und ohne Transaktionen zwischen Staats- und Unternehmenssektor.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Hinter der stärkeren Investitionsaktivität der Unternehmen im ersten Quartal verbargen sich erstmals seit längerem nicht nur ein Anstieg der unternehmerischen Ausrüstungsinvestitionen, sondern auch eine Expansion der Wirtschaftsbauminvestitionen. Seit dem Jahr 1995 verlief die Entwicklung dieser beiden Komponenten der Unternehmensinvestitionen noch weitgehend entgegengesetzt: Während die Ausrüstungsinvestitionen stiegen, gingen die Investitionen im Wirtschaftsbaun zurück.

Ein Grund hierfür ist der höhere Ersatzbedarf bei Ausrüstungen als bei Bauten. Das zeigt sich an den in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Abschreibungen auf den Ausrüstungsbestand. Zum einen resultiert dies aus einer generell kürzeren Nutzungsdauer der Ausrüstungen. Um im Aufschwung eine Steigerung der Produktion mit einem höherem Faktoreinsatz zu realisieren, sind daher bei mittelfristig konstantem optimalen Einsatzverhältnis von Ausrüstungen und Bauten schon durch den Ersatzbedarf relativ höhere Ausrüstungsinvestitionen

dieses Engpasses auch Ausrüstungsinvestitionen zügiger vorgenommen werden.

erforderlich.⁴ Zum anderen dürfte sich der technische Fortschritt in einem stärkeren Maße auf Ausrüstungen als auf Wirtschaftsbauten auswirken. Ein Indiz hierfür ist auch das im Vergleich mit den Wirtschaftsbauten in den letzten zehn Jahren gesunkene Durchschnittsalter der Ausrüstungen.

Im Prognosezeitraum wird die Nachfrage nach Anlagegütern durch die weiterhin günstigen konjunkturellen Bestimmungsgründe für Investitionen getragen. Die Unternehmen schätzen ihre Geschäftserwartungen nach wie vor optimistisch ein. Hierzu trägt das günstige Zinsklimate bei. Außerdem werden die Lohnabschlüsse nach dieser Prognose auch im nächsten Jahr moderat ausfallen. Mit der erwarteten Kräftigung der Binnenkonjunktur eröffnen sich Absatzmöglichkeiten durch den privaten Verbrauch, die den in Zukunft etwas weniger stark expandierenden Export kompensieren dürften. Günstige Absatzchancen werden durch die steigenden Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe aus dem In- und Ausland signalisiert. Die Ertragserwartungen der Unternehmen werden möglicherweise durch Unsicherheiten eingetrübt, die bezüglich der Durchsetzbarkeit einer Unternehmenssteuerreform bestehen. Ungewiß sind außerdem die Auswirkungen des erhöhten Wettbewerbsdrucks in der EWU auf die Marktanteile und die Absatzmöglichkeiten der Unternehmen. Insgesamt dürfte die erwartete Rentabilität von Sachanlagen jedoch hoch bleiben und die Nachfrage nach Investitionsgütern anregen, zumal mit einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung zu rechnen ist.

Tabelle 6:
Unternehmensinvestitionen in Deutschland
- in Preisen von 1991 -

	1997	1998	1999
	<i>in Mrd. DM</i>		
Unternehmensinvestitionen	379,7	402,3	427,6
davon: Ausrüstungen	261,0	283,6	307,9
Bauten ^a	118,6	118,8	119,7
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH</i>		
Unternehmensinvestitionen	1,7	6,0	6,3
davon: Ausrüstungen	4,3	8,6	8,6
Bauten ^a	3,7	0,1	0,8

^a Die Annahme der Limitationalität zwischen Bauten und Ausrüstungen wird vielen Produktionsmodellen zugrunde gelegt. Vgl. STARK, VETTEL, G. WESTPHAL, H. (2000) Wohnungsbau und Grundstücksstransaktionen zwischen Staat und Privatwirtschaft, Prognose 1998, S. 294. Quellen: Statistisches Bundesamt, Prognose 1998, S. 294.

Die unternehmerischen Ausrüstungsinvestitionen werden im Prognosezeitraum kräftige Impulse auf die konjunkturelle Entwicklung aussenden.⁵ Die Auftragseingänge bei den Investitionsgüterproduzenten aus dem Inland sind seit Ende 1997 deutlich aufwärtsgerichtet.⁶ Nach einem Zuwachs von 4,3 vH im vergangenen Jahr werden die unternehmerischen Ausrüstungsinvestitionen 1998 und 1999 mit 8,6 vH kräftig zunehmen.

Verhaltene Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen in Ostdeutschland

Die Ausrüstungsinvestitionen haben sich in Ostdeutschland in der Vergangenheit deutlich anders als in Westdeutschland entwickelt.⁷ Mit der Erfüllung von Investitionszusagen in privatisierten Staatsbetrieben, mit Neugründungen und dem Engagement ausländischer Investoren kam es zu einem zügigen Aufbau eines neuen Kapitalstocks. Die damit verbundenen hohen Wachstumsraten der Ausrüstungsinvestitionen blieben auch während des konjunkturellen Einbruchs in Westdeutschland 1993 beträchtlich.

Seit 1995 steigen die Ausrüstungsinvestitionen in Ostdeutschland allerdings nicht mehr so kräftig wie in den ersten Jahren nach der Vereinigung. Vielmehr deutet sich an, daß der konjunkturelle Aufschwung in Westdeutschland stärker auf die Investitionstätigkeit übergreift als in Ostdeutschland. Lediglich die Investitionspläne der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe signalisieren laut IWH-Umfragen eine leichte Expansion. Insgesamt wird das Investitionsniveau pro Einwohner aber noch höher bleiben als in Westdeutschland.

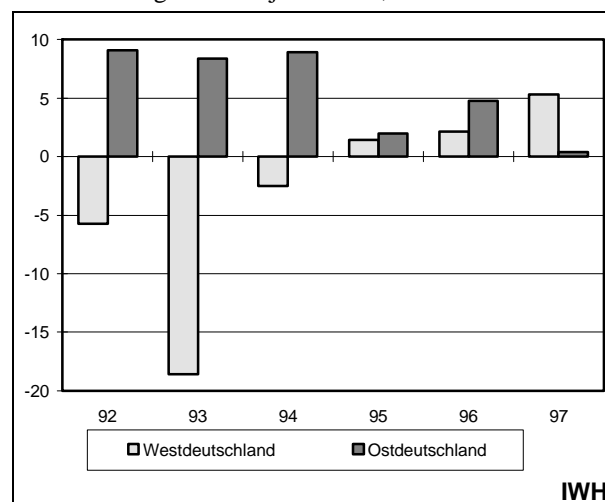
⁵ Die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen haben für den Konjunkturverlauf nur eine geringe Bedeutung. Ihr Anteil an den gesamten Ausrüstungsinvestitionen betrug 1997 lediglich 3 vH.

⁶ Zusätzlich zu den Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterproduzenten ist auch die Auftragsvergabe von heimischen Investoren an ausländische Investitionsgüterproduzenten zu berücksichtigen. Hierfür liegen jedoch keine ausreichenden statistischen Informationen vor. Die gestiegenen Investitionsgüterimporte im vergangenen Jahr zeigen aber ebenso wie die Inlandsbestellungen an, daß mit einer weiteren Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen ist.

⁷ Die statistischen Angaben beziehen sich auf Daten des Statistischen Bundesamtes und des ifo Instituts sowie auf Schätzungen des IWH.

Abbildung 3:

Entwicklung der unternehmerischen Ausrüstungsinvestitionen in Ost- und Westdeutschland
- Veränderung zum Vorjahr in vH; in Preisen von 1991 -



Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo Institut; 1997 Schätzung des IWH.

Tabelle 7:

Unternehmerische Ausrüstungsinvestitionen je Einwohner in Ost- und Westdeutschland
- in DM und jeweiligen Preisen -

Jahr	Westdeutschland	Ostdeutschland	Ostdeutschland (Westdeutschland = 100)
1991	3.982	2.400	60,3
1992	3.775	2.705	71,7
1993	3.079	2.976	96,6
1994	2.978	3.258	109,4
1995	3.008	3.330	110,7
1996	3.065	3.503	114,3
1997	3.223	3.584	111,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo Institut; 1997 Schätzung des IWH.

Tendenzwende bei den Bauinvestitionen 1998

Nach drei Jahren ausgeprägter Nachfrageschwäche sprechen verschiedene Anzeichen dafür, daß sich bei den Bauinvestitionen in Deutschland 1998 eine Tendenzwende vollziehen wird. Im Jahr 1997 lagen die Bauinvestitionen noch um 2,2 vH unter dem Niveau von 1996. Für das vierte Quartal 1997 und das erste Quartal 1998 ergibt sich saison- und arbeitstäglich bereinigt erstmalig seit 1995 eine Zunahme, die zudem mit 3,7 vH für den Jahresbeginn vergleichsweise kräftig ausfällt. Zwar sollte dieser Tatbestand nicht überbewertet werden, da es in den

ersten Monaten dieses Jahres wegen der milden Witterung zu einer deutlich geringeren Behinderung der Bautätigkeit als im Vorjahr gekommen war, und dies durch die Saisonbereinigungsverfahren nicht vollständig erfaßt wird. Ungeachtet dessen signalisieren die Auftragseingänge und Baugenehmigungen aber für die Zukunft, daß vor dem Hintergrund eines anhaltenden konjunkturellen Aufschwungs die Abwärtstendenz der Bauinvestitionen aufgehalten werden kann. Es deutet sich sogar eine Umkehr zu einem leichten Aufschwung an. Dabei werden die Impulse vom Gewerbe- und Wohnungsbau Westdeutschlands sowie von den Anstrengungen der öffentlichen Hand zur Deckung des angestauten Baubedarfs in Westdeutschland und des noch bestehenden Nachholbedarfs in Ostdeutschland ausgehen.

Wirtschaftsbauten

Im *westdeutschen* Wirtschaftsbau, der seit 1995 rückläufig war, zeigten sich bereits Ende 1997 Erholungstendenzen. Die Investitionstätigkeit lag hier im vierten Quartal 1997 um 2,6 vH und im ersten Quartal 1998 um 6 vH über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Getragen wurde dieser Aufschwung vom gewerblichen Hochbau. Auch die Baugenehmigungen im ersten Quartal 1998 deuten auf eine im Verlauf weiter ansteigende Investitionsneigung bei Fabrik- und Werkstattgebäuden sowie Büro- und Verwaltungsgebäuden hin. Mit einer zeitlichen Verzögerung gegenüber den Ausrüstungen kommt es nun vor dem Hintergrund eines anhaltenden Aufschwungs in der Industrie, der damit anziehenden Kapazitätsauslastung, den verbesserten Ertragserwartungen der Unternehmen, vorteilhafter bzw. rückläufiger Baupreise und der weiterhin günstigen Zinsbedingungen zu einer Belebung der Wirtschaftsbauinvestitionen.

Den Aufschwungstendenzen in Westdeutschland steht aber weiterhin eine rückläufige Entwicklung bei den ostdeutschen Wirtschaftsbauten gegenüber. Ein Überangebot an Büro-, Handels- und Lagerflächen drückt hier den Markt. Dies wie auch einkommensbasierte Rechnungen zum Ausstattungsniveau der neuen Länder mit gewerblichen Bauten⁸ sind Indizien für die bereits vollzogene Deckung des Nachholbedarfs in diesem Bereich. Mit einer Ten-

⁸ Vgl. LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Ostdeutscher Bausektor im freien Fall?, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 6/1998, S. 6.

denzwende ist hier erst dann zu rechnen, wenn die gesamtwirtschaftliche Expansion Ostdeutschlands wieder kräftige Investitionsanstöße auslöst.

Positive Impulse gehen allerdings in Ost- wie Westdeutschland von den vom Bund und Ländern forcierten, privat finanzierten Verkehrsinfrastrukturinvestitionen aus. Hier wurden sowohl nach dem Modell der privaten Vorfinanzierung als auch dem Betreibermodell zusätzliche Projekte angeregt, die die gewerbliche Baunachfrage in Ost- wie Westdeutschland stabilisieren helfen.⁹ Anstöße kommen auch von der Deutschen Bahn AG, die für den Ausbau und Neubau des Schienennetzes umfangreiche Investitionen bis in das Jahr 2001 hinein tätigen wird.

Wohnbauten

Der *westdeutsche* Wohnungsbau vollzieht nach siebenjährigem Boom und drei Jahren rückläufiger Entwicklung nun erneut eine Tendenzwende. Die westdeutschen Wohnungsbauinvestitionen lagen – saison- und arbeitstäglich bereinigt – im vierten Quartal 1997 auf und im ersten Quartal 1998 um etwa 3,5 vH über dem Niveau des entsprechenden Vorquartals. Die in der Boomphase aufgrund von Vorzieheffekten im Zusammenhang mit der Verringerung der Abschreibungssätze und der Erhöhung der Grunderwerbsteuer entstandenen Angebotsüberhänge an Mietwohnungen sind bei deutlich gesunkenen Neuvertrags-, aber gestiegenen Be-

⁹ Der Bundesverkehrswegeplan von 1992 konnte infolge knapper Haushaltsmittel bisher nicht im vorgesehenen Maße umgesetzt werden. Die Verkehrsminister der Länder haben im Herbst 1997 festgestellt, daß zur Realisierung im Bereich der Bundesfernstraßen jährlich ein finanzieller Mehrbedarf von rund 4 Mrd. DM besteht, wovon 1 Mrd. DM für die Unterhaltung der Bundesfernstraßen anzusetzen ist. In Kenntnis dieser Situation hat die Bundesregierung private Finanzierungsformen weiter ausgebaut. Im Rahmen privater Vorfinanzierung sollten ursprünglich 13 Pilotprojekte mit einem Gesamtvolumen von 8,6 Mrd. DM realisiert werden. Zusätzlich wurden in diesem Jahr weitere 15 Straßenprojekte im Umfang von 550 Mio. DM, insbesondere Ortsumgehungen, durch private Vorfinanzierung beauftragt, die je zur Hälfte in den alten und neuen Bundesländern erfolgen. Im Rahmen des Betreibermodells sind bisher ein Tunnel bei Lübeck und zwei weitere Projekte in Ostdeutschland: die Warnow-Überquerung und eine zweite Verbindung zur Insel Rügen vorgesehen. Darüber hinaus sind andere von den Ländern initiierte Vorhaben im Gespräch.

standsmieten¹⁰ inzwischen stark abgebaut worden. Unterdessen werden erste Verknappungstendenzen für Ballungsräume sichtbar.¹¹ Bei merklich steigenden Realeinkommen und zunehmendem Bedürfnis nach verbesserten Wohnverhältnissen bleiben darüber hinaus der Einfamilienhausbau und die Modernisierung des Altbaubestandes aufwärts gerichtet. Diese Gesamtentwicklung wird zusätzlich stimuliert durch die immer noch niedrigen Hypothekenzinsen, den äußerst moderaten Anstieg der Baupreise, die allgemeinen Bestrebungen zum kostengünstigen Bauen und die Vereinfachung der Bauplanung.

Demgegenüber ist der *ostdeutsche* Wohnungsbau nach vorausgegangenen Boomjahren seit dem 3. Quartal 1997 abwärts gerichtet. Eingeleitet wurde diese Wende vor allem durch die Verringerung der steuerlichen Anreize im Neubau von Mehrfamilienhäusern. Dieser Änderung waren sichtbare Vermarktungsprobleme bei Wohnungen – insbesondere in schlechten Lagen und im Hochpreissegment – vorausgegangen. Die Neuvertragsmieten kamen dadurch unter Druck und verstärkten zusätzlich die ohnehin aufgrund der verringerten Steuervorteile sinkende Bereitschaft der Investoren. Am aktuellen Rand nehmen nach anhaltender Expansion allerdings auch die Genehmigungen für den Bau von Einfamilienhäusern ab. Nachdem ein großer Teil des über Jahre angestauten Bedarfs in einer ersten Welle abgebaut wurde, werden die Haushalte mit überdurchschnittlicher Neigung und Fähigkeit zur Wohneigentumsbildung vermutlich ihre Nachfrage in der Zukunft nicht mehr so stark ausdehnen wie in den zurückliegenden Jahren. Gleichwohl bestehen weiter Nachholbedarf und Interesse am Erwerb von Wohneigentum in Ostdeutschland. Das zeigen beispielsweise auch die Bauspargeschäfte. Um dieses Potential auszuschöpfen, kann – schließt man eine Erweiterung direkter Fördermaßnahmen aus – eine Verringerung der Kostenbelastung bedeutsam sein. Dazu gehören vor allem die vermehrte Baulandbereitstellung zu erschwinglichen Preisen, eine konsequente Nutzung kostengünstiger Bauweisen sowie eine kosten- und flächensparende

¹⁰ Vgl. FRICK, J.; LAHMANN, H.: Wohnungsmieten in Deutschland im Jahr 1997 – Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), in: DIW-Wochenbericht 22/98.

¹¹ Vgl. Wohnungsangebot wird knapper, in: Handelsblatt vom 11. Juni 1998.

Gesamtplanung. Dies könnte den selbstgenutzten Wohnungsbau nach einer Normalisierung im Verlauf des Prognosezeitraumes wieder stabilisieren.

Tabelle 8:

Entwicklung der Bauinvestitionen in Deutschland^a
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH, Preise 1991 -

	1997	1998	1999
Deutschland	- 2,2	0,6	0,8
Gewerbliche Bauten	- 2,2 (- 3,7)	0,2 (0,1)	- 0,3 (0,8)
Wohnbauten	-0,3	0,3	0,6
Öffentliche Bauten	-8,9 (- 5,8)	2,3 (2,4)	3,7 (1,5)
Alte Bundesländer	- 1,9	1,9	2,0
Gewerbliche Bauten	- 0,9 (- 1,9)	2,5 (2,6)	2,4 (3,0)
Wohnbauten	- 0,7	1,5	1,5
Öffentliche Bauten	- 9,1 (- 6,9)	2,4 (2,3)	3,1 (1,7)
Neue Bundesländer	- 2,9	- 3,0	- 2,4
Gewerbliche Bauten	- 4,7 (- 7,2)	- 4,7 (- 5,0)	- 6,3 (- 4,5)
Wohnbauten	0,7	- 3,5	- 2,3
Öffentliche Bauten	- 8,7 (- 3,7)	2,2 (2,5)	4,7 (1,0)

^a In Klammern stehen die um die außergewöhnlichen Grundstücks-transaktionen zwischen Staats- und Unternehmenssektor bereinigten Werte, die den konjunkturellen Verlauf besser charakterisieren.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Stützende Wirkungen auf die Wohnungsbauinvestitionen gehen in diesem Jahr von der Modernisierung und Sanierung des Wohnungsaltbestandes aus. Der Erneuerungsbedarf bleibt hoch, dies bestätigen einkommensadäquate Rechnungen zur Wohnungsausstattung,¹² die amtliche Gebäude- und Wohnungszählung 1995¹³ sowie die Einschätzungen der Wohnverhältnisse und der Wohnzufriedenheit laut dem Sozio-ökonomischen Panel¹⁴ im Jahre 1997. Stimulierend wirken zudem die bis Ende 1998 gültigen Abschreibungssätze bei Bestandsmaßnahmen in Höhe von 40 vH im ersten Jahr sowie die ab 1999 gültige Investitionszulage für Modernisierungen im Wohnungsbestand und im inner-

¹² Vgl. LOOSE, B.; LUDWIG, U., a.a.O., S. 7.

¹³ Vgl. STÜRMER, B.: Bauzustand, Bauweise und Leerstand von Gebäuden und Wohnungen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost, in: Wirtschaft und Statistik, 6/1997, S. 381.

¹⁴ Vgl. FRICK, J.; LAHMANN, H., a.a.O.

städtischen Mietwohnungsneubau. Der Rückgang der Wohnungsbaunachfrage wird in diesem Jahr am stärksten sein. In den Folgejahren dürfte er sich in dem Maße abschwächen, wie die gesamtwirtschaftliche Leistung und somit auch die Pro-Kopf-Einkommen zunehmen und noch bestehende Wünsche nach höherem Wohnkomfort umgesetzt werden.

Öffentliche Bauten

Noch im vergangenen Jahr gingen die öffentlichen Bauinvestitionen in Ost- wie in Westdeutschland infolge der Sparzwänge der öffentlichen Hand stark zurück. Diese negative Tendenz setzte sich zuletzt nicht weiter fort. Aufgrund der jahrelangen Zurückhaltung der öffentlichen Bautätigkeit in Westdeutschland und des immer noch hohen Erneuerungsbedarfs bei Infrastruktur und Gebäuden in den neuen Ländern erwartet das IWH im öffentlichen Bau für 1998 und 1999 in beiden Landesteilen einen Anstieg.

Für Westdeutschland ergibt sich alles in allem ein jährlicher Zuwachs der Bauinvestitionen von knapp 2 vH. In Ostdeutschland wird die Baunachfrage in den Prognosejahren um jährlich etwa 2 bis 3 vH abnehmen.

Privater Verbrauch im Aufwind

Nach der schwachen Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte im vergangenen Jahr hat sich der private Verbrauch im ersten Quartal dieses Jahres belebt; er stieg um 1,7 vH gegenüber dem Vorjahresquartal und saisonbereinigt um gut 0,6 vH gegenüber dem Vorquartal. Durch die Verringerung des Solidaritätszuschlages und die Erhöhung des Grundfreibetrages zu Jahresbeginn wurden die Einkommen der privaten Haushalte steuerlich entlastet, und die Haushalte haben Käufe von hochwertigen Konsumgütern wegen der angekündigten Mehrwertsteuererhöhung zum 1. April vorgezogen. Im Einzelhandel einschließlich des Kfz-Handels wurde in den ersten drei Monaten dieses Jahres mit rund 2 vH erstmals wieder mehr abgesetzt als vor einem Jahr. Zu einem merklichen Anstieg ist es bei den Käufen von Personenkraftwagen gekommen. So lag die Zahl der Neuzulassungen von Pkw im ersten Quartal dieses Jahres um gut 12 vH über dem Vorjahreswert. Auch der Einzelhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat stieg real um 5 vH; die Nachfrage nach

Genußmitteln und Bekleidung war dagegen rückläufig. Im zweiten Quartal dürfte durch den Wegfall des Vorzieheffektes der Einzelhandelsumsatz wieder schwächer steigen.

Die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte waren im ersten Quartal aufgrund der steuerlichen Entlastung und der niedrigen Preisentwicklung mit 1,3 vH deutlich im Plus. Ihr Anstieg reichte aus, um die erhöhten Ausgaben für den privaten Verbrauch, insbesondere die vorgezogenen Käufe von hochwertigen Konsumgütern auch infolge des angestauten Nachholbedarfs bei langlebigen Gütern, zu finanzieren. Die um saisonale Schwankungen bereinigte Ersparnis durchbrach die Abwärtstendenz der letzten Quartale und stieg gegenüber dem Vorquartal erstmals leicht an.

Im weiteren Verlauf des Jahres 1998 wird sich die Nachfrage der privaten Haushalte festigen und

Tabelle 9:
Verfügbare Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte^a in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH -

	1997	1998	1999
Verfügbare Einkommen, nominal	1,6	2,9	3,8
darunter:			
Nettolohn- und -gehaltsumme	- 1,8	1,4	3,0
Empfangene lfd. Übertragungen	1,2	1,0	1,1
Entnahmen	5,9	5,9	6,3
Ersparnis	- 2,5	2,1	5,0
Privater Verbrauch, nominal	2,2	3,0	3,7
Sparquote (in vH)	10,9	10,8	11,0
Preisindex des privaten Verbrauchs	1,9	1,3	1,5
Privater Verbrauch, real	0,2	1,7	2,2

^a Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

im Jahr 1999 an Schwung gewinnen. Vor allem bewirkt die Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt im nächsten Jahr einen Anstieg der verfügbaren Einkommen.

Da der Abbau der Beschäftigung im Laufe von 1998 zum Stillstand kommt und 1999 von einem leichten Wiederanstieg abgelöst wird, ist im nächsten Jahr erstmals wieder mit einer Zunahme des bezahlten Arbeitsvolumens von 0,3 vH zu rechnen. Die tariflichen Lohnabschlüsse für 1998 tragen der erreichten hohen Preisniveaustabilität und der gegenwärtig noch angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt Rechnung; so dürften sie in diesem Jahr

im Durchschnitt mit 1,6 vH kaum höher ausfallen als im vorangegangenen Jahr. Auch 1999 ist nur mit wenig höheren Lohnvereinbarungen zu rechnen. Die tariflichen Stundenlöhne dürften in den alten Bundesländern mit gut 2 vH und in den neuen Bundesländern durch weitere geringfügige Anpassungsschritte mit etwa 2,5 vH durchschnittlich steigen. Die Tariflohnerhöhung läßt in Verbindung mit der Zunahme des Arbeitsvolumens die Bruttolohn- und -gehaltsumme im Prognosezeitraum, insbesondere im Jahr 1999, merklich ansteigen. Da die steuerlichen Entlastungen zu Beginn dieses Jahres und die in die Prognose für das nächste Jahr eingestellten Beitragssatzsenkungen in der Renten- und Krankenversicherung die progressiven Lohn- bzw. Einkommensteuereffekte weitgehend kompensieren, dürfte die Nettolohn- und -gehaltsumme im gleichen Maße wie die Bruttolohn- und -gehaltsumme zunehmen.

Die Dynamik der öffentlichen Einkommensübertragungen ist mit gut 1 vH eher verhalten und über den betrachteten Zeitraum hinweg relativ stabil. Sie ist zum einen geprägt durch die maßvolle Erhöhung der Alters- und Hinterbliebenenrente zur Jahresmitte (knapp 0,5 vH in Westdeutschland und rund 0,9 vH in Ostdeutschland in diesem sowie ein etwas stärkerer Anstieg im nächsten Jahr) und zum anderen durch die sinkenden Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung aufgrund einer im nächsten Jahr leicht abnehmenden Zahl von Arbeitslosen.

Auch die Einkommen aus Vermögen (Zins- und Mieteinkünfte) sowie die entnommenen Gewinne der Selbständigen dürften sich – nicht zuletzt angesichts des niedrigen Zinsniveaus – ähnlich wie im vergangenen Jahr entwickeln; zugleich bleiben sie der dynamischste Teil der verfügbaren Einkommen. Die merkliche Zunahme der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit 2,9 vH in diesem und 3,8 vH im nächsten Jahr wird aber hauptsächlich durch die Beschleunigung des Anstiegs der Einkommen aus unselbständiger Arbeit bestimmt.

Einkommen in den neuen Bundesländern

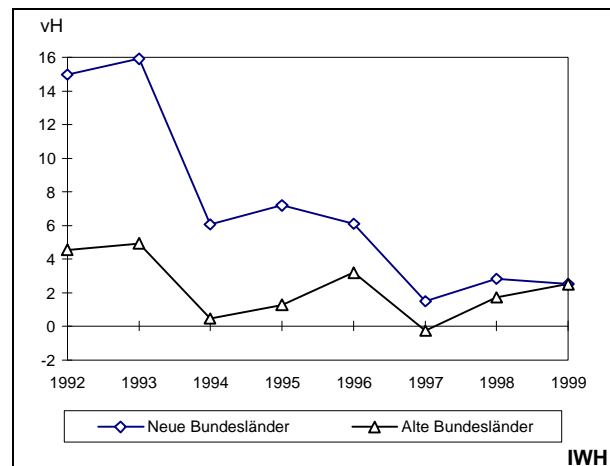
Die jährliche Einkommensdynamik in den neuen Bundesländern nähert sich immer mehr westdeutschen Zuwachsraten an.

Die Nettolöhne je Beschäftigtenstunde stiegen in der Vergangenheit in Ostdeutschland aufgrund der anfänglich forcierten Tariflohnanpassungen deutlich

Abbildung 4:

Entwicklung der Nettolöhne je Beschäftigtenstunde im Inland

- in vH zum Vorjahr -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

schneller als in Westdeutschland. Der Abstand zwischen beiden Wachstumsraten verringerte sich aber stetig und dürfte bald nur noch marginal sein. Ursache dafür sind die engere Anknüpfung der Tariflohnvereinbarungen in Ostdeutschland an westdeutsche Abschlüsse, das mit etwa durchschnittlich 90 vH schon erreichte hohe Anpassungsniveau bei den Tariflöhnen und die noch geringeren zusätzlichen Lohnzahlungen (z.B. Bezahlung von Überstunden) in Ostdeutschland. Die Relation der Nettolöhne je Beschäftigtenstunde in den neuen Bundesländern betrug im Vergleich zu den alten Bundesländern 1997 knapp 83 vH; bis 1999 dürfte die Niveaurelation um einen Prozentpunkt steigen.

An öffentlichen Einkommensübertragungen, wie Rentenzahlungen, Arbeitslosengeld, Kindergeld, Wohngeld und Sozialhilfe, erhalten ostdeutsche Haushalte im Durchschnitt schon über mehrere Jahre einen höheren Betrag als westdeutsche Haushalte. Dazu führen vor allem die beträchtlichen Zahlungsbeträge von Lohnersatzleistungen aufgrund der höheren ostdeutschen Arbeitslosenquote aber auch die höheren Rentenansprüche der ostdeutschen Frauen infolge von mehr anrechenbaren Arbeitsjahren.

Mit mehr als der Hälfte haben aber die Einkommen aus unselbständiger Arbeit nach wie vor das größte Gewicht an den verfügbaren Haushaltseinkommen in den neuen Bundesländern. Zugleich sind in den zurückliegenden Jahren die Einkommen aus Vermögen und die entnommenen Ge-

Tabelle 10:

Zusammensetzung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in den alten und neuen Ländern - in vH -

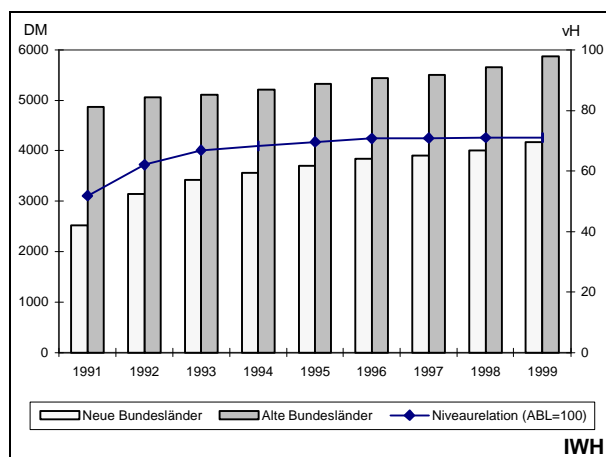
	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	1991	1997	1991	1997
Nettolohn- und -gehaltsumme	46	40	60	52
Transfereinkommen	21	22	35	37
Entnommene Gewinne	33	38	5	11
Verfügbare Einkommen insgesamt	100	100	100	100

Quellen: Statistisches Bundesamt; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1991; 1997 Schätzung des IWH.

winne kräftig gestiegen. Im Vergleich zu Westdeutschland, wo diese Einkommen beinahe ebenso bedeutsam für die Haushaltsbudgets wie die Einkommen aus unselbständiger Arbeit sind, ist ihr Anteil aber noch gering.

Abbildung 5:

Monatliche verfügbare Einkommen je Haushalt - in DM -



Quellen: Statistisches Bundesamt 1991-1994; Berechnungen und Prognose des IWH 1995-1999.

Das Niveau der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Ostdeutschland entsprach 1997 im Durchschnitt knapp 71 vH des vergleichbaren Einkommens eines westdeutschen Haushalts.¹⁵ Im Prognosezeitraum ist keine wesentliche Verringerung des Abstandes zu erwarten.

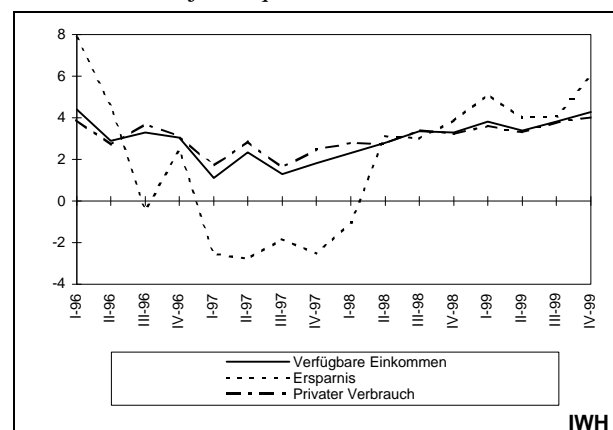
¹⁵ Da das Statistische Bundesamt seit 1995 die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wie auch den privaten Verbrauch und die Ersparnis nicht mehr getrennt für die neuen und alten Bundesländer berichtet, beruhen diesbe-

Verstärkte Einkommensentwicklung regt privaten Verbrauch an

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland werden in diesem und vor allem im nächsten Jahr von der stärkeren Einkommensentwicklung her angeregt. Aber auch andere Indikatoren weisen auf eine Belebung des privaten Verbrauchs hin. So liegt der von der Gesellschaft für Konsumforschung Nürnberg ermittelte Indikator der Anschaffungsneigung, der Aufschluß über die Bereitschaft der Verbraucher gibt, langlebige Konsumgüter zu erwerben, in den ersten Monaten dieses Jahres deutlich über seinem Vorjahresstand. Ein Grund dafür ist der hohe Grad von angestautem Ersatzbedarf bei hochwertigen Konsumgütern.

Abbildung 6:

Entwicklung von verfügbarem Einkommen, privatem Verbrauch und Ersparnis in Deutschland - in vH zum Vorjahresquartal -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Nach der Festigung der Sparquote im ersten Quartal 1998 wird im weiteren mit einer leichten Erhöhung der Sparquote gerechnet. Die privaten Haushalte werden die Einkommensverbesserung auch nutzen, um ihre Ersparnisse wieder aufzubauen; zumal in der jüngsten Vergangenheit der private Konsum sich zu Lasten der Ersparnis entwickelte. Die Haushalte in den neuen Bundesländern, die in den Jahren 1991 bis 1994 eine deutlich

zügliche Angaben immer auf Schätzungen, die sich an den gesamtdeutschen Größen orientieren. Für 1997 hat die Deutsche Bundesbank für die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte die Niveaurelation zwischen Ost und West auf 72 vH eingeschätzt (vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK, Monatsbericht April 1998, S. 46). Zu einer ähnlichen Anpassungsrelation führen die Berechnungen des IWH.

höhere Sparquote als die westdeutschen Haushalte hatten, dürften nunmehr eine fast identische Konsum- und Sparquote ausweisen.

Alles in allem dürfte der private Verbrauch im Jahr 1999 geringfügig schwächer als die verfügbaren Einkommen steigen. Bei weiterhin relativ stabilen Verbraucherpreisen expandiert die reale Verbrauchernachfrage um 1,7 vH in diesem Jahr und um 2,2 vH im nächsten Jahr.

Leistungsbilanz verbessert sich weiter

Aufgrund der Ausweitung der Investitionstätigkeit im Inland ist im weiteren Verlauf dieses Jahres und im nächsten Jahr auch mit einer steigenden Nachfrage nach ausländischen Investitionsgütern zu rechnen. Zudem wird die wieder verbesserte Beschäftigungs- und Einkommenssituation der privaten Haushalte die Einfuhr von Verbrauchsgütern anregen. Zwar werden die steigenden Warenimporte und die etwas nachlassende Exportdynamik dazu führen, daß der im vergangenen Jahr erzielte Zuwachs in der Handelsbilanz nicht in dem gleichen Maße zunimmt wie bisher. Trotzdem sollte das Plus im Außenhandel ausreichen, um die zu erwartenden Defizite bei den anderen Komponenten der Leistungsbilanz und insbesondere in der traditionell stark passiven Bilanz des Reiseverkehrs mehr als auszugleichen.

Binnenkonjunktur – zunehmender Impulsgeber für die Produktion

Die an Tempo zulegende Inlandsnachfrage nach Investitions- und Konsumgütern sowie die schwächer werdenden Zuwächse der Nachfrage aus dem Ausland nach Exportgütern führen im Prognosezeitraum zu einer Verschiebung zwischen den Auftriebskräften der Konjunktur in Deutschland. Zwar richtet sich ein nicht geringer Teil der Nachfrageexpansion auf den Import von Waren und Dienstleistungen und nicht auf Güter aus der inländischen Produktion. Angesichts der ähnlich hohen totalen Importintensität der Inlands- und der Auslandsnachfrage kann jedoch davon ausgegangen werden, daß die von der Gesamtnachfrage ausgehenden Impulse die Inlandsproduktion etwa so kräftig anregen wie die Einfuhr. Nach dem dominanten Beitrag der Auslandsnachfrage zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 1997 gewinnt laut dieser Prognose die Inlandsnachfrage in diesem und im näch-

sten Jahr zunehmend an Gewicht, so daß sie 1999 als Impulsgeber mit der Auslandsnachfrage gleichziehen wird.

Tabelle 11:
Wachstumsbeiträge^a der Nachfragekomponenten zur Gesamtnachfrage
- in vH -

	1997	1998	1999
Privater Verbrauch	3	20	27
Staatsverbrauch	- 2	1	3
Anlageinvestitionen	1	17	20
Ausrüstungen	8	15	17
Bauten	- 7	2	3
Vorratsveränderung	27	8	0
Inlandsnachfrage	29	46	50
Auslandsnachfrage	71	54	50
Gesamtnachfrage	100	100	100

^a Beitrag zur Veränderung der Gesamtnachfrage gegenüber Vorjahr.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Produktion gewinnt an Schwung

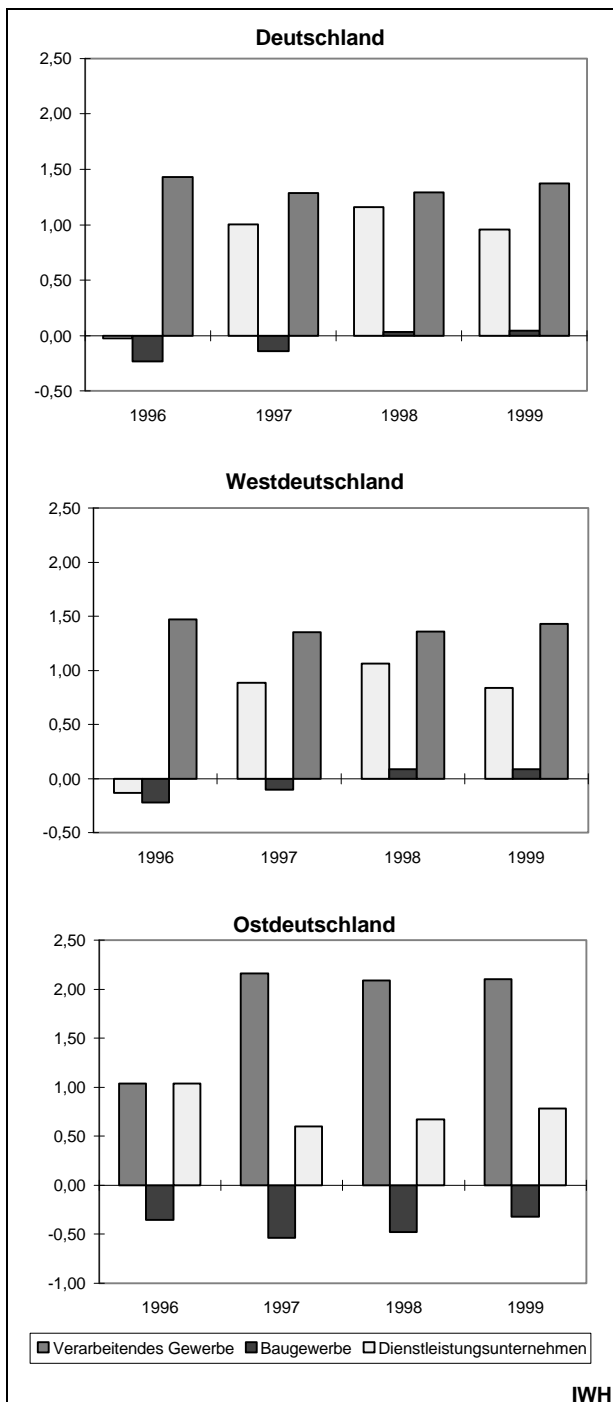
Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem Vorjahresquartal um 3,8 vH zu. Allerdings ist das Wachstum durch Sondereinflüsse stark überzeichnet.¹⁶ Saison- und arbeitstäglich bereinigt stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion gegenüber dem Vorquartal um 1,2 vH, in Westdeutschland um 1,1 vH und in Ostdeutschland um 2 vH.

Der Produktionsanstieg in Deutschland im ersten Quartal 1998 geht vor allem auf das Produzierende Gewerbe zurück, in dem die Wertschöpfung überdurchschnittlich zunahm. Insbesondere das Verarbeitende Gewerbe expandierte im Zuge der anhaltend hohen Auslandsnachfrage und der deutlich zunehmenden Binnennachfrage überaus kräftig.¹⁷ In

¹⁶ So standen im ersten Quartal zwei Arbeitstage mehr als im Vorjahreszeitraum zur Verfügung. Zudem führte der milde Winter zu geringeren Produktionsrückgängen in witterungsabhängigen Wirtschaftsbereichen als im Vorjahr. Hinzu kam, daß Käufe im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. April 1998 vorgezogen wurden.

¹⁷ Dagegen überzeichnet die amtliche Statistik seit Jahresbeginn die tatsächliche Produktionsentwicklung. Dies resultiert aus der Ausweitung des Berichtskreises durch die Einbeziehung zusätzlicher Handwerksbetriebe. Seitens der amtlichen Statistik wurden bisher die Daten für den Produktionsindex rückwirkend nicht korrigiert, so daß in der

Abbildung 7:
Beiträge ausgewählter Wirtschaftsbereiche zum
Zuwachs der Wertschöpfung
- in Prozentpunkten -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Zeitreihe ein Niveausprung enthalten ist. Bei der Schätzung der Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe ist

Westdeutschland nahm die Industrieproduktion im ersten Quartal etwa um 7 vH, in Ostdeutschland sogar um fast 20 vH gegenüber dem Vorjahresquartal zu. Auch im Baugewerbe Deutschlands stieg die Wertschöpfung. Dahinter verbirgt sich jedoch vor allem ein statistischer Basiseffekt, der aus dem witterungsbedingten Tiefstand der Produktion im Vorjahresquartal resultiert.

Im Verlauf des Jahres 1998 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion weiter zügig expandieren. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 1998 um 2,6 vH und 1999 um 2,7 vH höher sein als im jeweiligen Vorjahr.

In Westdeutschland wird auch im kommenden Jahr ein kräftiger Wachstumsimpuls von der Industrie ausgehen. Insbesondere die Hersteller von Investitionsgütern werden von der regen Investitionstätigkeit im In- und Ausland profitieren. Die Schrumpfung der Bautätigkeit ist in Westdeutschland am Jahresende 1997 zum Stillstand gekommen; im Jahresdurchschnitt wird das Baugewerbe 1998 einen positiven Wachstumsbeitrag leisten. Die produktionsnahen Dienstleistungen und der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung werden im Einklang mit der gesteigerten Erzeugung im Produzierenden Gewerbe auch im weiteren Verlauf dieses Jahres kräftig expandieren. Insgesamt ist zu erwarten, daß sich auch im kommenden Jahr in Westdeutschland diese Entwicklungsmuster fortsetzen werden. Bei einer leichten Wachstumsbeschleunigung wird das Bruttoinlandsprodukt 1998 hier um 2,7 vH zunehmen.

In Ostdeutschland wird trotz kräftiger Expansion der Industrieproduktion der gesamtwirtschaftliche Produktionsanstieg in diesem Jahr mit 2 vH erneut geringer sein als in Westdeutschland. Dies ist insbesondere auf die weitere Schrumpfung der Bautätigkeit sowie die verhaltene Produktionsausdehnung der Dienstleistungsunternehmen zurückzuführen.

Ostdeutsche Industrie auf kräftigem Wachstumskurs

Die tragende Säule des Produktionswachstums ist das Verarbeitende Gewerbe. Die Industrieproduktion in Ostdeutschland nahm saison- und arbeitstäglich bereinigt im ersten Quartal 1998 gegenüber

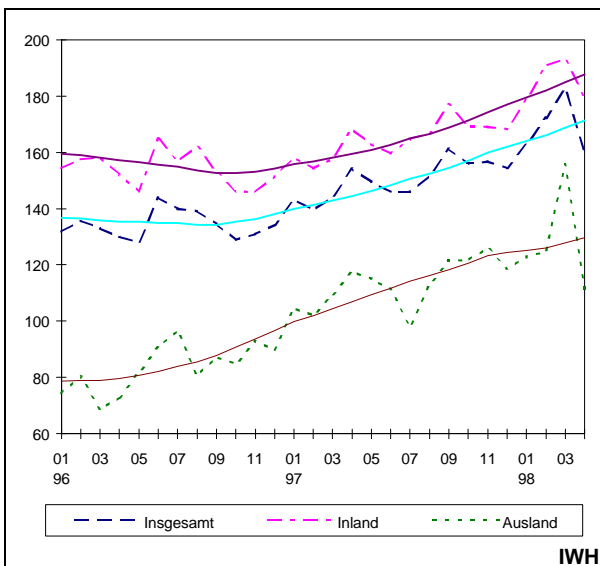
die daraus resultierende Überzeichnung im Vorjahresvergleich berücksichtigt worden.

dem Vorquartal um mehr als 5 vH zu. Daran waren alle Wirtschaftsgruppen beteiligt. Deutlich überdurchschnittlich expandierte die Produktion der Investitionsgüterproduzenten, die ihre Auslandsumsätze gegenüber dem Vorjahresquartal verdoppeln konnten.

Die kräftige Produktionsausdehnung wird sich in diesem Jahr fortsetzen. Dafür sprechen die von der amtlichen Statistik berichteten Auftragseingänge. Besonders hoch ist der Zuwachs der Bestellungen bei den Vorleistungs- und den Investitionsgüterproduzenten. Zwar schwächten sich die Auftragsorder am aktuellen Rand etwas ab; der Wachstumstrend ist jedoch in allen Wirtschaftsgruppen ungebrochen.

gerichteten Trend schließen. Hier erwarten 83 vH Unternehmen eine eher günstige Entwicklung.

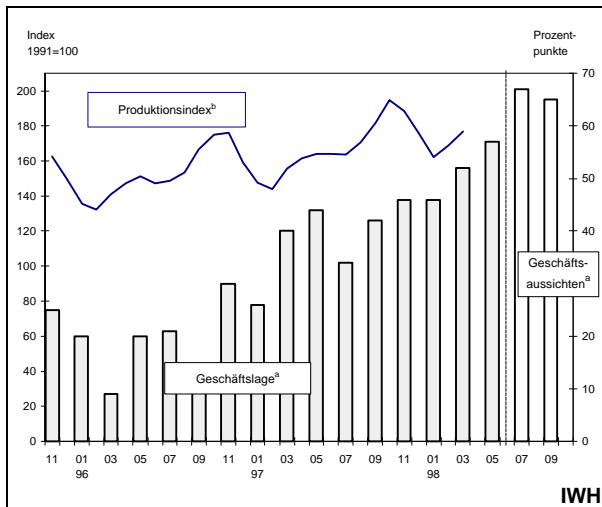
Abbildung 8:
Auftragseingänge im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe^a
- Volumenindex: 1991=100; saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte sowie glatte Komponente -



^a Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Dieses Entwicklungsmuster zeichnet sich auch in der Industrie-Umfrage des IWH ab. Die Angaben der Unternehmen zu ihrer Geschäfts- und Auftragslage sind seit Mitte 1997 zunehmend optimistisch. Im Mai 1998 erreichte der Saldo aus positiven und negativen Meldungen seinen bisherigen Höchststand. Acht von zehn Unternehmen gaben positive Einschätzungen zum Geschäftsgeschehen ab. Die Meldungen zu den Geschäftsaussichten, in denen sich die Geschäftslage vier Monate im voraus widerspiegelt, lassen ebenfalls auf einen aufwärts

Abbildung 9:
Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe



^a Differenz aus den Prozentanteilen der optimistischen und pessimistischen Urteile der befragten Unternehmen. – ^b Gleitender Drei-Monatsdurchschnitt der Produktionsindizes.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

Auch die ostdeutsche Industrie wird im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs in Westdeutschland und in Westeuropa im kommenden Jahr ihren kräftigen Wachstumskurs fortsetzen. Insgesamt ist dies ein Indiz für die verbesserte Wettbewerbsposition ostdeutscher Anbieter, die letztlich auch auf die moderaten Lohnabschlüsse zurückzuführen ist.

Tabelle 12:
Sektorale Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH, Preise 1991 -

	1997	1998	1999
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	6,4	-5,5	-0,1
Produzierendes Gewerbe	3,4	3,9	4,2
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	10,9	9,7	9,1
Baugewerbe	-3,4	-3,2	-2,3
Handel und Verkehr	1,4	2,5	3,1
Handel	-0,8	1,3	1,5
Verkehr	5,2	4,4	5,7
Dienstleistungsunternehmen	2,4	2,7	3,1
darunter:			
Sonstige Dienstleistungen	0,7	1,1	1,5
Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck	-1,6	-0,4	0
Bruttowertschöpfung, unbereinigt	2,1	2,4	3,0

Bruttoinlandsprodukt	1,6	2,0	2,6
----------------------	-----	-----	-----

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

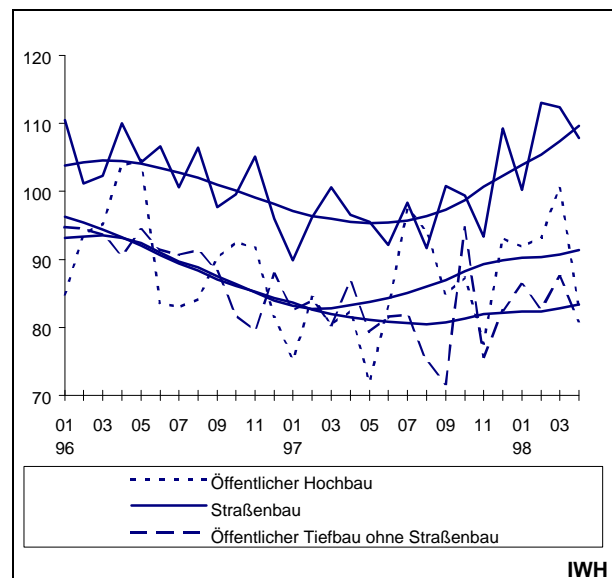
Ostdeutsche Bauproduktion schrumpft 1998/1999 weiter

Vor dem Hintergrund der Korrektur von Übersteigerungen in den ersten Jahren nach der Vereinigung bleibt die ostdeutsche Bauproduktion im Prognosezeitraum weiterhin deutlich abwärts gerichtet.

In den ersten vier Monaten 1998 lag die Order-tätigkeit des Bauhauptgewerbes um real 6 vH unter der des Vorjahres. Gegenüber dem Vorjahresquartal verzeichnete nur der öffentliche Hoch- und Tiefbau und dabei besonders der Straßenbau ein Plus. Bund, Länder und Gemeinden haben Investitionen vorgezogen und damit die Bautätigkeit in den neuen Ländern gestützt.

Die Auftragseingänge im Wohnungs- und Wirtschafts-bau haben mit 15 vH bzw. 12 vH gegenüber den ersten vier Monaten des Vorjahres deutlich nachgegeben, saisonbereinigt kommt aber die steile Abwärtsbewegung vorerst zum Stillstand. Allerdings signalisieren die Baugenehmigungen für die Zukunft weiterhin kräftige Rückgänge. Die gesamtwirtschaftliche Expansion der neuen Bundesländer bleibt derzeit noch zu schwach, um die nach unten gerichtete Tendenz im Wohnungs- und Wirtschafts-bau aufzuhalten.

Abbildung 10:
Auftragseingänge im ostdeutschen öffentlichen Bau
- Wertindex: 1995=100; saison- und arbeitstäglich be-reinigte Werte sowie glatte Komponente -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Orientierungspunkte über den Fortgang der Baukonjunktur in den verbleibenden Monaten des laufenden Jahres liefern auch die Baumfragen des IWH. Die Geschäftsaussichten signalisieren bis zum Herbst eine saisonübliche Aufwärtsbewegung, die aber im Vergleich zum Vorjahr extrem flach verläuft. Während dabei die Unternehmen im Tief- und Hochbau die Vorjahreswerte unterschreiten, ergibt sich für das Ausbaugewerbe wegen der momentan hohen Nachfrage nach Modernisierungs- und Sanierungsleistungen immer noch ein Plus gegenüber dem Vorjahr.

Das ostdeutsche Baugewerbe wird auch mittelfristig unter dem Druck der Anpassung seiner Kapazitäten an die rückläufige Nachfrage bleiben. Die Konzentration der Förderung auf die Modernisierung und Sanierung des Altbaubestandes, den selbstgenutzten Eigenheimbau sowie auf Infrastrukturmaßnahmen stützt die Nachfrage dort, wo auch der größte Nachholbedarf besteht. Für die Wertschöpfung im ostdeutschen Baugewerbe bedeutet dies jedoch im Jahresdurchschnitt 1998 und 1999 immer noch eine Abnahme.

Expansion des ostdeutschen Dienstleistungssektors verhalten

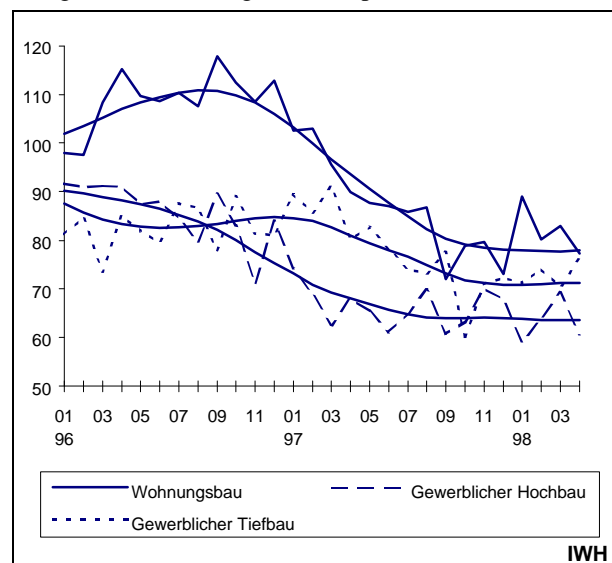
Während Handel und Verkehr in Ostdeutschland der allgemeinen konjunkturellen Belebung im Prognosezeitraum folgen werden, bleibt die Entwicklung bei den ostdeutschen Dienstleistungsunternehmen aufgrund struktureller Anpassungsprozesse verhalten. Ein Teil der produktionsnahen Dienstleister profitiert vom kräftigen Aufschwung der Industrie. Andere produktionsnahe Dienstleister, wie Architekten- und Ingenieurbüros, stehen im Sog der rückläufigen Baunachfrage. Die konsumnahen Dienstleistungsunternehmen empfangen zwar wieder Impulse von den zunehmenden Konsumausgaben der privaten Haushalte, die hohen Zuwachsraten in der Phase der Deckung des Nachholbedarfs gehören jedoch der Vergangenheit an.

Leichte Entspannung am Arbeitsmarkt

Zu Beginn des Jahres 1998 hat sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt leicht entspannt. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen nahm im ersten Quartal 1998 erstmals seit Anfang 1995 ab; der Beschäftigungsrückgang kam weitgehend zum Stillstand.

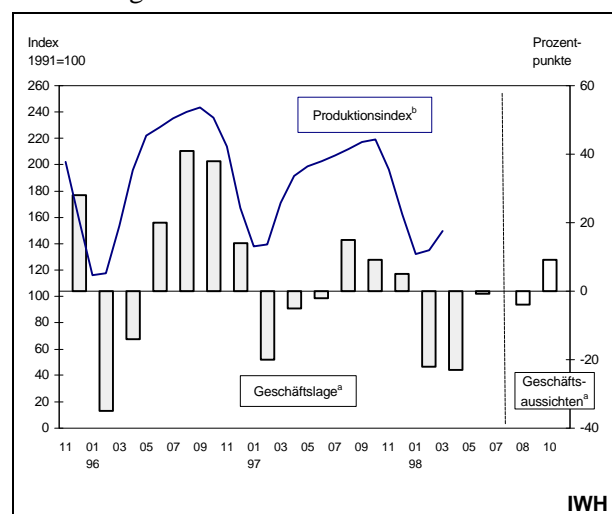
Die Stabilisierung des Arbeitsmarktes beschränkt sich bislang jedoch auf Westdeutschland. Während im ersten Halbjahr 1997 die Beschäftigtenzahl auch dort abnahm, kam der Arbeitsplatzabbau in der zweiten Jahreshälfte zum Stillstand, und die Beschäftigung stieg im Verlauf des Winter-

Abbildung 11:
 Auftragseingänge im ostdeutschen Wirtschafts- und Wohnungsbau
 - Wertindex: 1995=100; saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte sowie glatte Komponente -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Abbildung 12:
 Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe



^a Differenz aus den Prozentanteilen der optimistischen und pessimistischen Urteile der befragten Unternehmen. – ^b Gleitender Drei-Monatsdurchschnitt der Produktionsindizes des Bauhauptgewerbes.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

halbjahres leicht an. Im Jahresdurchschnitt 1997 hatte die Beschäftigung noch um 280.000 Personen bzw. ein Prozent abgenommen. Die Wende am westdeutschen Arbeitsmarkt ist maßgeblich auf die Stabilisierung der Beschäftigung in der Industrie sowie einen Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze in Dienstleistungsunternehmen zurückzuführen. Dagegen hat sich der Personalabbau im Baugewerbe noch fortgesetzt, wobei der milde Winter den Beschäftigungsabbau eher noch abgebremst haben dürfte. Die Zahl der Arbeitslosen blieb im ersten Quartal 1998 in Westdeutschland gegenüber dem Vorjahresquartal in etwa konstant.

Trendwende am Arbeitsmarkt läßt in Ostdeutschland auf sich warten

Anders als in Westdeutschland spitzte sich in Ostdeutschland die Arbeitsmarktsituation zu Jahresbeginn nochmals weiter zu. Nachdem im vierten Quartal 1997 die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen erstmals unterhalb von 6 Millionen Personen lag, setzte sich im ersten Quartal der Beschäftigungsabbau fort. Der Personalabbau betraf dabei erneut alle Hauptbereiche der ostdeutschen Wirtschaft. Allein im Bauhauptgewerbe ging im ersten Quartal 1998 die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahresquartal um 8,5 vH zurück. Ebenso setzte sich der seit dem vierten Quartal 1996 zu beobachtende Rückgang der saisonbereinigten Beschäftigtenzahl in Dienstleistungsunternehmen fort. Während in Westdeutschland die Expansion gerade in diesem Sektor stabilisierend auf die Gesamtbeschäftigung wirkt, gehen in Ostdeutschland seit längerem keine positiven Beschäftigungsimpulse von den Dienstleistungsunternehmen aus. Im Bereich des öffentlichen Dienstes wurde der Abbau des immer noch überhöhten Beschäftigungsstandes wei-

tergeführt. Darin reflektiert sich aber auch die bis Jahresbeginn vollzogene deutliche Einschränkung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die überwiegend in öffentlicher Trägerschaft organisiert und demnach statistisch dem Sektor Staat zugeordnet werden. Einzig im Verarbeitenden Gewerbe scheint im ersten Quartal die Talsohle beim Beschäftigungsstand erreicht zu sein. Am aktuellen Rand gibt es hier Anzeichen für einen leichten Beschäftigungsanstieg.

Der weitgehend ungebrochene Beschäftigungsabbau ist insbesondere Reflex der anhaltend starken Rationalisierungsbemühungen der Unternehmen. Diese werden vor allem dadurch forciert, daß die Produktivitätslücke gegenüber Westdeutschland ungleich größer ist als der Lohnabstand. Die Lohnkostenbelastung der Produktion fällt im Osten deutlich höher aus. 1997 betrug die Produktivität erst 60,4 vH des Niveaus in den alten Bundesländern, die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten liegen hingegen bereits bei 74,3 vH. Besonders ungünstig stellt sich die Lage im Handel und Verkehr sowie in den Dienstleistungsunternehmen dar, wo die Lohnstückkosten den westdeutschen Referenzwert um mehr als ein Fünftel bzw. ein Drittel übersteigen. Im Verarbeitenden Gewerbe, in dem der überwiegende Teil der überregional gehandelten Güter hergestellt wird, konnte dagegen die Lohnstückkostenposition deutlich verbessert werden. Bei einem erwarteten Produktionswachstum von fast 10 vH einerseits und relativ moderaten Lohnabschlüssen andererseits kann vermutet werden, daß die ostdeutschen Industrieunternehmen im Durchschnitt ihre Lohnkostennachteile bis 1999 weitgehend ausgeglichen haben werden.

Tabelle 13:
Erwerbsbeteiligung in Ost- und Westdeutschland
- Inländerkonzept -

	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	1997	1998	1999	1997	1998	1999
	<i>in 1.000 Personen</i>					
Erwerbsfähige ^a	10.737	10.790	10.829	45.293	45.355	45.341
Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt	6.144	5.950	5.991	27.430	27.478	27.638
<i>Arbeitslose</i>	1.355	1.410	1.350	3.030	2.924	2.814
<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	42	40	39	68	63	62
<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	24	20	17	55	35	25
<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^b</i>	235	330	285	67	67	70
<i>Teilnehmer an Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung in Vollzeitäquivalenten</i>	177	160	155	225	180	175
<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	9	9	9	34	34	33
<i>Vorruheständler^c</i>	138	96	95	130	110	110
Unterbeschäftigung ^d	1.980	2.065	1.950	3.609	3.413	3.289
<i>Bezieher von Erziehungsgeld mit vorangegangener Erwerbstätigkeit</i>	37	36	35	331	320	309
Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve ^e	8.137	8.031	7.959	31.315	31.176	31.212
<i>Auspendler</i>	430	435	435	186	188	190
<i>Einpendler</i>	104	104	104	564	561	563
	<i>in vH</i>					
Erwerbsbeteiligungsquote ^f	75,8	74,4	73,5	69,1	68,7	68,8
Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ^g	57,2	55,1	55,3	60,6	60,6	61,0
Erwerbstätigenquote insgesamt ^h	59,4	58,2	58,0	60,7	60,7	61,1
Unterbeschäftigungsquote ⁱ	24,3	25,7	24,5	11,5	10,9	10,5
Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung	70,6	70,2	71,2	85,8	87,5	87,4
Arbeitslosenquote ^k	18,0	18,8	18,2	10,1	9,8	9,4

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Einschließlich Struktur Anpassungsmaßnahmen. – ^c Einschließlich Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^d Summe aus den vorangestellten Kursivwerten. – ^e Da Kurzarbeiter bereits in der Zahl der Erwerbstätigen enthalten sind, ist der Arbeitsausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten zu subtrahieren, um eine Doppelzählung zu vermeiden. – ^f Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ^g Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ^h Erwerbstätige im ersten und im zweiten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ⁱ Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve. – ^k Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtheit von erwerbstätigen Inländern im ersten Arbeitsmarkt (ohne Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten), Arbeitslosen und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Mit der Verringerung der Erwerbstätigkeit nahm im ersten Quartal die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen nochmals zu. Dies hatte auch eine Ursache in der Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.¹⁸ So wurden in Ostdeutschland im er-

sten Vierteljahr ca. 81.000 Personen (Westdeutschland ca. 64.000 Personen) weniger gefördert als im Quartal zuvor.

Nachdem im März die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen ihren bisherigen Höhepunkt in diesem Jahr erreicht hatte, nahm die Arbeitslosigkeit danach vor allem wegen der erneuten starken Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen kontinuierlich ab. So wurden im zweiten Quartal dieses Jahres über 100.000 Personen in Arbeitsbeschaf-

¹⁸ Unter arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen werden hier im weiteren Sinne Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Struktur Anpassungsmaßnahmen, Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, Arbeitslosigkeit nach §§ 125, 126 SGB III und Vorruhestand verstanden.

Tabelle 14:
Entwicklung der Lohnstückkosten^a in Ostdeutschland
- Westdeutschland = 100 -

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Produzierendes Gewerbe	147,2	133,1	114,2	110,7	108,9	105,9	104,5
darunter:							
Verarbeitendes Gewerbe	190,9	166,1	131,0	126,5	121,8	119,4	111,9
Baugewerbe	121,9	114,9	111,0	101,1	101,4	100,2	102,3
Handel und Verkehr	131,8	140,4	133,4	129,6	124,9	122,9	122,7
Dienstleistungsunternehmen ^b	123,0	125,2	128,8	128,2	132,8	135,3	135,1
Ostdeutschland insgesamt	150,6	139,4	128,0	126,0	125,6	123,9	123,1

^a Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten in Relation zur Bruttowertschöpfung (nominal) bzw. BIP (nominal) je Erwerbstätigen. –

^b Ohne Wohnungsvermietung.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3.; Berechnungen des IWH.

fungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen mehr gefördert als im Vorquartal. Die Zahl der Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nahm um ca. 25.000 Personen gegenüber dem Vorquartal zu.

Gespaltene Entwicklung am Arbeitsmarkt bis 1999

Auch im weiteren Verlauf dieses und des nächsten Jahres ist eine gegenläufige Entwicklung am Arbeitsmarkt in West- und in Ostdeutschland zu erwarten: In den alten Bundesländern wird im Zuge der kräftigeren Produktionsausdehnung die Beschäftigung moderat zunehmen, wobei die Dynamik des Personalaufbaus stärker wird. Dementsprechend wird sich die registrierte Arbeitslosigkeit zurückbilden.

In Ostdeutschland dürfte infolge des schwachen gesamtwirtschaftlichen Produktionswachstums bei gleichzeitiger Forcierung der Rationalisierungsbemühungen ein weiterer Arbeitsplatzabbau bis zum Herbst dieses Jahres erfolgen. Lediglich im Verarbeitenden Gewerbe wird die Beschäftigung im Zuge der verbesserten Lohnstückkostenposition moderat steigen. Erst Ende 1999, wenn die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland wieder Fahrt aufnehmen dürfte, ist mit einer Ausdehnung der Beschäftigung zu rechnen.

Beschäftigungspolitische Maßnahmen werden im weiteren Verlauf dieses Jahres stärker an Bedeutung gewinnen. Nach den sehr umfangreichen Einsparungen in den vergangenen Jahren sind die Haushaltansätze für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wieder deutlich aufgestockt worden. Während im vergangenen Jahr die Ausgaben für be-

schäftigungspolitische Maßnahmen in Ostdeutschland um knapp 1,6 Mrd. DM oder 18 vH zurückgenommen wurden, stehen der Bundesanstalt für Arbeit nun zusätzlich 3,3 Mrd. DM zur Verfügung. Insgesamt werden in diesem Jahr jahresdurchschnittlich knapp 100.000 Personen in Beschäftigung schaffenden Maßnahmen mehr gefördert werden als im Jahr zuvor.

Für die Prognose von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland im kommenden Jahr wurde unterstellt, daß eine weitere Aufstokkung des Budgets für Beschäftigung schaffende Maßnahmen nicht mehr erfolgen wird. Mit einem gleichbleibenden Budget kann im Jahresdurchschnitt von 1999 nicht mehr die gleiche Zahl von Personen gefördert werden wie am Jahresende 1998.

Die Zahl der geförderten Personen wird somit im Jahresverlauf 1999 wieder abnehmen. Eine Lösung für die angespannte Arbeitsmarktsituation stellen beschäftigungspolitische Programme nicht dar. Sie mildern lediglich kurzfristig die Probleme und verschieben ihre Klärung in die Zukunft.

Angesichts der erwarteten Zunahme der Erwerbstätigkeit im ersten Arbeitsmarkt ist jahresdurchschnittlich 1999 auch in Ostdeutschland mit einem Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit zu rechnen.

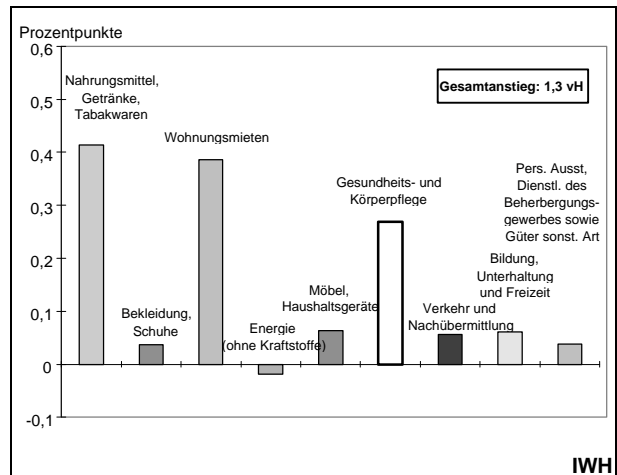
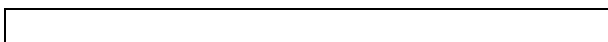
Preisniveauanstieg auf niedrigem Niveau

Der Preisniveauanstieg in Deutschland befindet sich trotz der jüngsten Mehrwertsteuererhöhung auf einem niedrigen Niveau. Im Mai 1998 nahmen die Lebenshaltungspreise gegenüber Mai 1997 um

1,3 vH zu. Im ersten Quartal dieses Jahres – also vor der Erhöhung der Mehrwertsteuer – waren die Lebenshaltungspreise gegenüber Dezember 1997 saisonbereinigt sogar um reichlich 0,3 Prozent gefallen. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren die weiterhin sinkenden Lohnstückkosten und nachgebende Rohstoffpreise, die preissenkend wirkten. Lediglich bei den Wohnungsmieten (einschließlich Nebenkosten) sowie den Preisen der Gütergruppe Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren war ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen, der allerdings zum Teil auf Einmaleffekte zurückzuführen ist. Dies gilt insbesondere für Tabakwaren, deren Preise deutlich kräftiger angehoben wurden als die Mehrwertsteuer, aber auch für jene Nahrungsmittel und Getränke, die nicht dem ermäßigten Satz der Mehrwertsteuer unterliegen. Bei den Gütern der Gesundheits- und Körperpflege schlägt die Anhebung der Rezeptgebühren im August vergangenen Jahres in der Vorjahresbetrachtung weiterhin durch.

Dieser Basiseffekt bei den Rezeptgebühren war in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland und ist eine Ursache für den höheren Anstieg der ostdeutschen Lebenshaltungspreise. Auch dürfte sich die Mehrwertsteuererhöhung stärker auf den ostdeutschen Preisindex der Lebenshaltung auswirken. Anders als in Westdeutschland sanken zudem die Energiekosten hier nicht. Im Prognosezeitraum dürfte sich der Anstieg der Lebenshaltungspreise aus zwei Gründen weiter angleichen. Erstens laufen nennenswerte Basiseffekte aus, und zweitens hat sich das Niveau der verschiedenen Preise an das westdeutsche Niveau weitgehend angepaßt. Dies gilt insbesondere für die direkt und teiladministrierten Preise, die seit 1992 stets einen Anteil von – zum Teil deutlich – über 60 vH am jährlichen Gesamtanstieg der Lebenshaltungspreise hatten.

Abbildung 13:
Beiträge einzelner Gütergruppen zum Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung in Deutschland
- Veränderung Mai 1998 gegenüber Mai 1997, Monatsdurchschnitte -

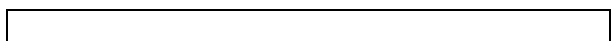


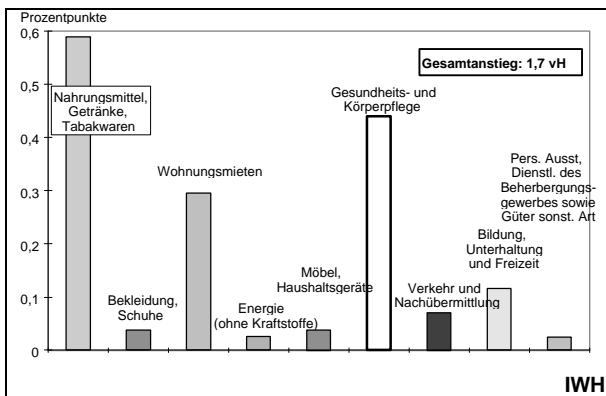
Quellen: Statistische Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Anzeichen für eine nennenswerte Beschleunigung des Anstiegs der Lebenshaltungspreise in Deutschland gibt es derzeit nicht. Die Lohnstückkosten werden in diesem Jahr leicht sinken und würden für sich genommen einen Rückgang des Preisniveaus begründen. Im nächsten Jahr stagnieren die Lohnstückkosten. Die Effektivverdienste werden in diesem Jahr um 1,7 vH zunehmen und damit um knapp einen Prozentpunkt hinter dem Produktivitätszuwachs zurückbleiben. Im nächsten Jahr entspricht der Zuwachs der Effektivverdienste etwa dem Produktivitätsanstieg. In beiden Jahren ist eine leicht positive Lohndrift gegenüber den Tariflöhnen unterstellt. In Ostdeutschland fällt die Zunahme der Verdienste etwas höher aus, die Lohnstückkosten sinken dennoch etwas stärker, da der Produktivitätszuwachs kräftiger sein wird. Zusätzlich kostenentlastend wird die Senkung der Beitragssätze der Renten- und Krankenversicherungen im kommenden Jahr wirken.

Anders als in den beiden Vorjahren wird der Außenwert der D-Mark etwas zunehmen, so daß auch vom Wechselkurs keine preissteigernden Tendenzen ausgehen dürften. Demgegenüber ist ein leichtes Anziehen der Rohstoffpreise im Prognosezeitraum zu erwarten.

Abbildung 14:
Beiträge einzelner Gütergruppen zum Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung in den neuen Ländern und Berlin-Ost
- Veränderung Mai 1998 gegenüber Mai 1997, Monatsdurchschnitte -



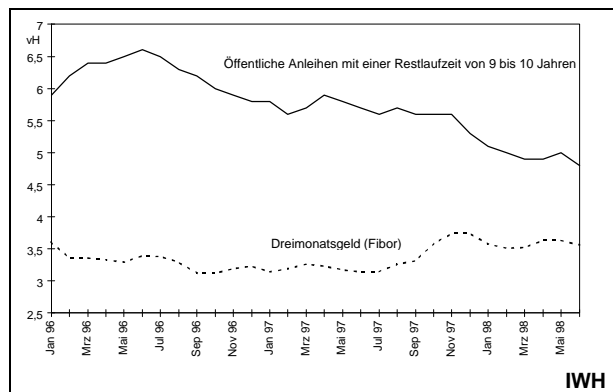
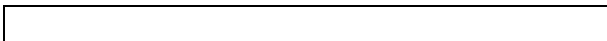


Quellen: Statistische Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die verglichen mit 1997 kräftigere Nachfrage nach inländischen Produkten erhöht zwar den Preiserhöhungsspielraum der Unternehmen. Auch wird die Kapazitätsauslastung trotz der deutlichen Ausweitung der Investitionstätigkeit in diesem und im nächsten Jahr zunehmen. Der Preiserhöhungsspielraum wird jedoch durch den hohen Wettbewerb innerhalb des Europäischen Binnenmarkts und auf internationaler Ebene – auch unter dem Eindruck der sinkenden Preise für Importe aus Südostasien – stark begrenzt.

Auch die monetären Indikatoren lassen auf einen hohen Grad an Preisniveaustabilität im Prognosezeitraum schließen. Die Entwicklung der verschiedenen Geldmengenaggregate ist verhalten und steht in Einklang mit dem hier prognostizierten Anstieg des nominalen Bruttoinlandsproduktes von knapp 4 vH. Ebenfalls schwach ausgeprägt ist die Kreditnachfrage, was allerdings zum Teil auf die hohe Eigenfinanzierung der Unternehmen zurückzuführen ist. Das monetäre Umfeld wirkt durch den Rückgang der internationalen Kapitalmarktzinsen expansiver als zuvor. Demgegenüber hat die Bundesbank die kurzfristigen Zinsen im Oktober vergangenen Jahres leicht angezogen, so daß sich die Zinsspanne merklich verengt hat (vgl. Abbildung 15). Dies korrespondiert mit der eher verhaltenen Geldmengenentwicklung und der weiterhin zu beobachtenden Abschwächung des Preisniveaustiegs in der Bundesrepublik.

Abbildung 15:
Kurz- und langfristige Zinsen
- Monatsdurchschnitte -



Quelle: Deutsche Bundesbank.

Alles in allem ist daher in diesem und im nächsten Jahr mit einem Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung von nur reichlich einem Prozent zu rechnen. Dabei wird sich die Preissteigerungsrate im Vorjahresvergleich im Laufe der nächsten Monate erneut abschwächen, da bedeutende Basiseffekte auslaufen.

Geld- und Lohnpolitik im Zeichen des Euro

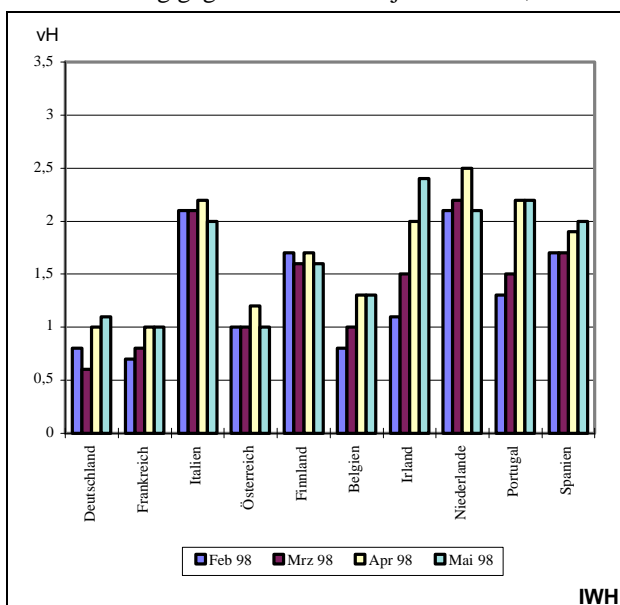
Für die Geldpolitik der Bundesbank in diesem Jahr und der Europäischen Zentralbank ab 1. Januar 1999 ist nicht die erwartete Inflationsentwicklung für die Bundesrepublik, sondern für die gesamte, elf Länder umspannende Euroregion der entscheidende Parameter. Dabei fließt die bundesdeutsche Preisniveausteigerungsrate mit einem Gewicht von gut 30 vH in die Inflationsrate der EWU ein. Frankreich und Italien haben jeweils ein Gewicht von etwa 20 vH. In diesen drei Ländern, wie auch in der Mehrheit der übrigen acht Länder ist die aktuelle Inflationsentwicklung moderat, und es gibt kaum Anzeichen für eine Beschleunigung. Ausnahmen bilden die Niederlande, Irland, Portugal und Spanien, die zusammen ein Gewicht von etwa 17 vH haben. In diesen Ländern ist die konjunkturelle Entwicklung deutlich kräftiger als im Durchschnitt der künftigen EWU-Länder.

Auf die Inflations Tendenzen in einzelnen Regionen oder Ländern wird die Europäische Zentralbank (EZB) nicht reagieren. Hier kann entweder die nationale Finanzpolitik gegensteuern oder die Entscheidungsträger bei den Lohnverhandlungen – ob auf betrieblicher, regionaler oder nationaler Ebene – können mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen durch moderate Lohnabschlüsse den Kostendruck verringern. Erfolgt eine entsprechende Anpassung in diesen Bereichen nicht,

so wird eine Dämpfung letztlich vom Außenhandel, insbesondere innerhalb der EWU, kommen, da der stärkere Preisauftrieb einen Verlust von Absatzmärkten nach sich ziehen wird. Wachstumsimpulse in einer relativ kräftig expandierenden Region werden über eine erhöhte Importnachfrage an andere Regionen weitergeleitet – eine Übertragung, die durch divergierende Inflationsentwicklungen verstärkt werden kann – und so können diese Regionen Konjunkturlokomotiven bilden. Demgegenüber kann jedoch eine Lohnentwicklung, die die regionale Produktivitätsentwicklung und die Preisentwicklung bei handelbaren Gütern in den anderen Regionen überschreitet, zu einem empfindlichen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit führen und die Arbeitslosigkeit deutlich erhöhen.

Insbesondere in Ostdeutschland ist im Prognosezeitraum eine weitere Lohnzurückhaltung zu empfehlen. In der Industrie dürften die Lohnstückkosten im Prognosezeitraum nahezu auf das Niveau Westdeutschlands fallen. Aber selbst in diesem Bereich, in dem die Produktion in diesem und im nächsten Jahr um knapp 10 vH zunehmen wird, ist eine weitere Erhöhung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit erforderlich, um den Wachstumskurs aufrechtzuerhalten und ein Gegengewicht zu der rückläufigen bzw. schwachen Aktivität in der Baubranche und im Dienstleistungssektor zu bilden. Die Arbeitslo-

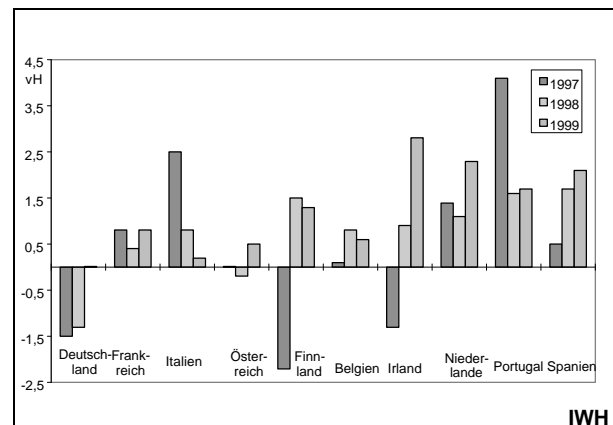
Abbildung 16:
Harmonisierte Verbraucherpreisindizes
- Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat, in vH -



Quelle: Eurostat.

sigkeit in Ostdeutschland liegt mit 19,2 vH im Jahre 1998 deutlich über dem EWU-Durchschnitt und ohne eine höhere Wettbewerbsfähigkeit auf den in- und ausländischen Märkten wird sie nicht nennenswert sinken.

Abbildung 17:
Entwicklung der Lohnstückkosten in der Euroregion
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in vH -



Quellen: OECD; Deutschland: Statistisches Bundesamt, Prognose des IWH.

Für die Dauer des sich verstärkenden wirtschaftlichen Aufschwungs in der EWU insgesamt ist die Lohnentwicklung in der gesamten Region von entscheidender Bedeutung. Sowohl die internationalen als auch die binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bieten derzeit die Chance auf ein längerwährendes Wirtschaftswachstum, das den Abbau des hohen Sockels an Arbeitslosigkeit, der in den meisten EWU-Ländern besteht, ermöglichen würde. Dies erfordert, daß der Kurs der nationalen Finanzpolitiken und die Lohnentwicklung in den einzelnen Regionen nicht mit der Geldpolitik in Konflikt geraten. Lohnabschlüsse, die die von der Produktivitätsentwicklung und der Zielinflationsrate der Zentralbank gesetzten Spielräume überschreiten, führen ebenso wie Finanzpolitiken, die eine gegebenenfalls aufkeimende Inflationsbeschleunigung nähren, zu einem Konflikt mit der Geldpolitik.

Sollten sich Anzeichen für eine Inflationsbeschleunigung mehren, würde die EZB zur Verteidigung der ihr in die Wiege gelegten Glaubwürdigkeit auf einen Restriktionskurs einschwenken, der über die Drosselung des Wachstums und einen erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit die Stabilität des Euro gewährleisten würde. Die bereits existierende Glaubwürdigkeit ist ein Vertrauensvorschuß, der

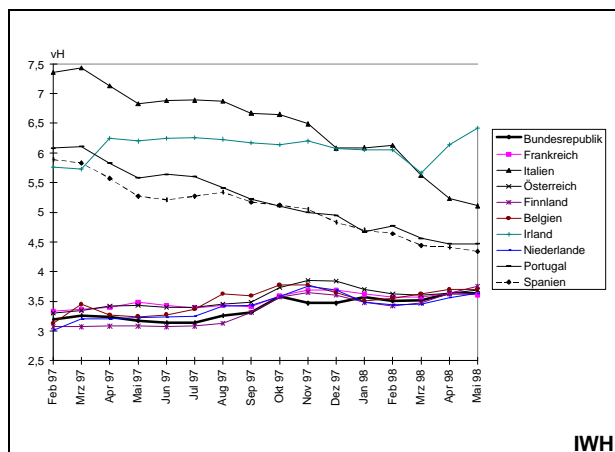
auf den Stabilitätserfolgen der Zentralbanken der Mitgliedsländer, den Statuten der EZB und der personellen Auswahl der Direktoriumsmitglieder fußt. Daß die EZB diese Glaubwürdigkeit festigt und ausbaut, liegt im gesamtwirtschaftlichen Interesse der EWU; zugleich sollte sie jedoch im Falle einer moderaten und beschäftigungsorientierten Lohnentwicklung einen konjunkturellen Aufschwung nicht vorzeitig bremsen.

weitere Abwertungen ebenso verschärft werden, wie durch eine der Währungsabwertung gegensteuernde geldpolitische Restriktion.

Arbeitskreis Konjunktur

*(Hans-Ulrich Brautzsch, Ruth Grunert,
Ingrid Haschke, Brigitte Loose,
Christian Schumacher, Michael Seifert,
Silke Tober und Udo Ludwig)*

Abbildung 18:
Dreimonatszinsen in den künftigen EWU-Ländern^a
- in vH -



^a Interbankenmarkt; Belgien: Schatzwechsel (3-Monate).
Quellen: OECD; Nationale Zentralbanken.

Derzeit deuten die Anzeichen überwiegend darauf hin, daß sich die Lohnstückkosten in der Euro-region und auch die nationalen Finanzpolitiken stabilitätsgerecht entwickeln. Eine Anhebung der Leitzinsen über das derzeitige Niveau in den Kern-EWU-Ländern scheint daher nicht geboten zu sein. Die Wechselkursentwicklung der künftigen Euro-währungen bzw. des Euro wird am schnellsten signalisieren, ob die Marktteilnehmer diese Einschätzung teilen. Kommt es, wie in dieser Prognose erwartet, zu einer leichten Aufwertung der D-Mark bzw. des Euro im Prognosezeitraum, wird die Entscheidung der Bundesbank und der EZB, die Zinsen auf dem derzeitigen Niveau zu halten, sicherlich erleichtert.

Ebenso wie die US-amerikanische Zentralbank sollten zudem auch die Bundesbank und die EZB den Entwicklungen in Südostasien Rechnung tragen und eine mögliche Zinsanhebung vor dem Hintergrund ihrer Auswirkungen auf das internationale Zins- und Wechselkursgefüge beurteilen. Die prekäre Lage in den Ländern Südostasiens kann durch

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1998 und 1999

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1997	1998	1999	1998		1999	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-1,4	-0,2	0,5	-0,4	0,1	0,4	0,6
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	0,1	-0,1	-0,1	0,2	-0,5	-0,1	-0,1
Arbeitstage	-0,2	0,4	0,2	0,0	0,7	0,3	0,2
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-1,4	0,1	0,6	-0,2	0,3	0,5	0,6
Produktivität 1)	3,7	2,6	2,1	3,2	2,0	1,6	2,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	2,2	2,6	2,7	2,9	2,3	2,2	3,1

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd.DM

Privater Verbrauch	2.084,0	2.147,3	2.226,4	1.046,0	1.101,3	1.082,1	1.144,3
Staatsverbrauch	705,2	709,5	717,7	336,7	372,8	341,8	375,9
Anlageinvestitionen	731,1	757,4	791,4	359,6	397,8	369,9	421,6
Ausrüstungen	279,5	305,0	334,0	141,6	163,4	153,2	180,8
Bauten	451,6	452,4	457,4	218,1	234,4	216,6	240,8
Vorratsveränderung	60,3	69,0	71,8	45,6	23,4	46,6	25,2
Außenbeitrag	61,2	78,5	101,2	32,5	46,0	43,2	58,0
Ausfuhr	967,9	1.067,1	1.163,9	513,2	553,9	559,7	604,2
Einfuhr	906,7	988,6	1.062,7	480,7	507,9	516,5	546,2
Bruttoinlandsprodukt	3.641,8	3.761,7	3.908,4	1.820,5	1.941,2	1.883,6	2.024,9

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	2,2	3,0	3,7	2,8	3,3	3,5	3,9
Staatsverbrauch	0,1	0,6	1,1	0,8	0,5	1,5	0,8
Anlageinvestitionen	0,1	3,6	4,5	3,9	3,4	2,9	6,0
Ausrüstungen	4,3	9,1	9,5	9,4	8,9	8,2	10,6
Bauten	-2,3	0,2	1,1	0,6	-0,2	-0,7	2,7
Ausfuhr	11,8	10,3	9,1	11,4	9,2	9,1	9,1
Einfuhr	10,2	9,0	7,5	10,1	8,0	7,4	7,5
Bruttoinlandsprodukt	2,8	3,3	3,9	3,3	3,2	3,5	4,3

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991

a) Mrd.DM

Privater Verbrauch	1.756,7	1.786,5	1.825,4	872,0	914,5	888,8	936,6
Staatsverbrauch	613,7	615,1	619,0	302,2	312,8	304,4	314,6
Anlageinvestitionen	662,7	687,8	715,8	326,3	361,5	334,5	381,2
Ausrüstungen	270,1	293,0	317,9	136,4	156,6	146,4	171,5
Bauten	392,6	394,8	397,9	189,9	204,9	188,1	209,8
Vorratsveränderung	57,0	70,0	69,8	46,6	23,4	44,6	25,2
Inlandsnachfrage	3.090,1	3.159,4	3.229,9	1.547,2	1.612,2	1.572,3	1.657,6
Außenbeitrag	31,1	43,2	58,4	16,2	27,0	25,1	33,2
Ausfuhr	921,3	1.002,1	1.075,0	483,7	518,4	520,0	555,0
Einfuhr	890,2	959,0	1.016,7	467,6	491,4	494,9	521,8
Bruttoinlandsprodukt	3.121,2	3.202,6	3.288,3	1.563,3	1.639,2	1.597,5	1.690,8
nachrichtlich:							
Bruttosozialprodukt	3.095,8	3.176,0	3.261,7	1.550,3	1.625,6	1.584,5	1.677,2

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	0,2	1,7	2,2	1,4	2,0	1,9	2,4
Staatsverbrauch	-0,4	0,2	0,6	0,1	0,4	0,7	0,6
Anlageinvestitionen	0,2	3,8	4,1	4,2	3,4	2,5	5,5
Ausrüstungen	3,9	8,5	8,5	8,8	8,2	7,3	9,5
Bauten	-2,2	0,6	0,8	1,2	0,0	-1,0	2,4
Inlandsnachfrage	1,2	2,2	2,2	2,5	2,0	1,6	2,8
Ausfuhr	10,7	8,8	7,3	9,9	7,7	7,5	7,1
Einfuhr	7,0	7,7	6,0	8,5	7,0	5,8	6,2
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,6	2,7	2,9	2,3	2,2	3,1
nachrichtlich:							
Bruttosozialprodukt	2,1	2,6	2,7	2,8	2,3	2,2	3,2

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1998 und 1999

	1997	1998	1999	1998		1999	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungskomponenten des Inlandsprodukts (1991=100)

Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	1,9	1,3	1,5	1,3	1,3	1,5	1,5
Staatsverbrauch	0,5	0,4	0,5	0,7	0,1	0,8	0,3
Anlageinvestitionen	-0,1	-0,2	0,4	-0,3	0,0	0,3	0,5
Ausrüstungen	0,4	0,6	1,0	0,5	0,7	0,9	1,1
Bauten	-0,2	-0,4	0,3	-0,6	-0,2	0,3	0,3
Ausfuhr	1,0	1,4	1,7	1,3	1,4	1,4	1,9
Einfuhr	3,0	1,2	1,4	1,6	0,9	1,5	1,3
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,7	1,2	0,4	0,9	1,3	1,1

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1.906,6	1.930,1	1.981,8	907,5	1.022,6	929,1	1.052,7
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1.518,8	1.538,1	1.584,0	721,8	816,4	741,3	842,8
Nettolohn- und -gehaltsumme	981,3	994,9	1.024,9	466,9	528,0	480,9	544,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	840,1	910,5	974,9	461,9	448,6	485,5	489,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	768,4	832,4	883,6	422,5	409,9	440,4	443,3
Entnahmen 2)3)	696,6	741,7	792,8	377,6	364,1	401,5	391,4
Nichtentnommene Gewinne	71,8	90,7	90,8	44,9	45,8	38,9	51,9
Volkseinkommen	2.746,7	2.840,7	2.956,7	1.369,4	1.471,2	1.414,6	1.542,1
Abschreibungen	472,5	483,9	496,7	240,3	243,6	246,3	250,4
Indirekte Steuern ./ Subventionen	393,0	406,2	424,0	195,8	210,4	207,6	216,4
Bruttosozialprodukt	3.612,2	3.730,7	3.877,4	1.805,5	1.925,2	1.868,6	2.008,9

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	0,2	1,2	2,7	0,7	1,7	2,4	2,9
Bruttolohn- und -gehaltsumme	-0,5	1,3	3,0	0,7	1,8	2,7	3,2
Nettolohn- und -gehaltsumme	-1,8	1,4	3,0	0,4	2,3	3,0	3,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	1,1	1,5	2,5	1,2	1,7	2,3	2,6
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	-0,3	1,6	2,5	0,9	2,2	2,6	2,4
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,9	8,4	7,1	10,3	6,4	5,1	9,1
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	10,7	8,3	6,2	10,0	6,6	4,2	8,1
Entnahmen 2)3)	6,5	6,5	6,9	7,3	5,6	6,3	7,5
Volkseinkommen	2,7	3,4	4,1	3,8	3,1	3,3	4,8
Abschreibungen	2,4	2,4	2,7	2,3	2,5	2,5	2,8
Indirekte Steuern ./ Subventionen	3,6	3,4	4,4	1,0	5,6	6,1	2,8
Bruttosozialprodukt	2,8	3,3	3,9	3,3	3,3	3,5	4,3

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte

a) Mrd.DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	981,3	994,9	1.024,9	466,9	528,0	480,9	544,0
Übertragene Einkommen 4)	630,6	637,0	644,0	316,9	320,1	320,0	324,0
Entnahmen 2)	831,5	880,7	936,0	441,2	439,6	466,3	469,7
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	38,4	38,5	38,7	19,2	19,3	19,3	19,4
Geleistete Übertragungen 5)	65,3	65,8	65,8	32,7	33,1	33,0	32,8
Verfügbares Einkommen	2.339,6	2.408,3	2.500,4	1.173,0	1.235,4	1.215,0	1.285,4
Privater Verbrauch	2.084,0	2.147,3	2.226,4	1.046,0	1.101,3	1.082,1	1.144,3
Ersparnis	255,6	261,1	274,0	127,0	134,1	132,8	141,2
Sparquote 6)	10,9	10,8	11,0	10,8	10,9	10,9	11,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	-1,8	1,4	3,0	0,4	2,3	3,0	3,0
Übertragene Einkommen 4)	1,2	1,0	1,1	0,6	1,5	1,0	1,2
Entnahmen 2)	5,9	5,9	6,3	6,2	5,7	5,7	6,9
Verfügbares Einkommen	1,6	2,9	3,8	2,5	3,3	3,6	4,1
Privater Verbrauch	2,2	3,0	3,7	2,8	3,3	3,5	3,9
Ersparnis	-2,5	2,1	5,0	0,7	3,5	4,6	5,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1998 und 1999

	1997	1998	1999	1998		1999	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates 7)

a) Mrd.DM

Einnahmen							
Steuern	822,1	843,9	884,9	397,4	446,5	418,0	466,9
Sozialbeiträge	731,2	739,4	751,5	354,0	385,4	358,4	393,0
Erwerbseinkünfte	39,4	40,1	40,8	23,3	16,8	24,0	16,8
Sonstige Übertragungen	41,5	42,0	43,0	17,8	24,2	18,3	24,7
Vermögensübertragungen, Abschreibungen	41,8	43,8	45,0	20,4	23,4	21,1	24,0
Einnahmen insgesamt	1.676,0	1.709,1	1.765,2	812,9	896,3	839,8	925,4
Ausgaben							
Staatsverbrauch	705,2	709,5	717,7	336,7	372,8	341,8	375,9
Zinsen	135,9	140,7	145,3	67,7	73,0	69,6	75,7
Laufende Übertragungen an	821,9	830,3	840,3	408,4	421,9	411,8	428,5
Private Haushalte	696,1	702,5	709,5	350,5	352,0	353,5	356,0
Unternehmen	69,3	69,3	70,0	27,2	42,1	27,5	42,5
Übrige Welt	56,5	58,5	60,8	30,7	27,9	30,8	30,0
Vermögensübertragungen	45,4	51,2	53,7	20,6	30,6	22,5	31,2
Bruttoinvestitionen	69,5	70,1	73,8	30,8	39,3	31,7	42,1
Ausgaben insgesamt	1.777,9	1.801,8	1.830,7	864,2	937,6	877,3	953,4
Finanzierungssaldo	-101,9	-92,6	-65,5	-51,3	-41,3	-37,5	-28,1

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	0,4	2,6	4,9	2,3	2,9	5,2	4,6
Sozialbeiträge	3,7	1,1	1,6	1,1	1,1	1,3	2,0
Erwerbseinkünfte	-0,6	1,9	1,7	1,1	3,1	3,0	0,0
Sonstige Übertragungen	0,1	1,1	2,4	1,1	1,1	2,8	2,1
Vermögensübertragungen, Abschreibungen	3,7	4,9	2,7	4,5	5,3	3,2	2,4
Einnahmen insgesamt	1,9	2,0	3,3	1,8	2,2	3,3	3,2
Ausgaben							
Staatsverbrauch	0,1	0,6	1,1	0,8	0,5	1,5	0,8
Zinsen	3,1	3,5	3,3	0,3	6,8	2,7	3,8
Laufende Übertragungen an	1,2	1,0	1,2	0,8	1,2	0,8	1,6
Private Haushalte	1,7	0,9	1,0	0,8	1,0	0,9	1,1
Unternehmen	-4,6	-0,1	1,1	0,0	-0,1	1,1	1,1
Übrige Welt	2,9	3,5	3,9	1,4	6,0	0,5	7,7
Vermögensübertragungen	0,0	12,7	4,9	14,0	11,9	9,2	2,0
Bruttoinvestitionen	-9,4	0,9	5,3	-0,1	1,8	2,8	7,2
Ausgaben insgesamt	0,4	1,3	1,6	1,0	1,7	1,5	1,7

- 1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde.
- 2) Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen.
- 3) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und auf öffentliche Schulden.
- 4) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge zur Sozialversicherung), Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie internationale private Übertragungen.
- 5) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen sowie internationale private Übertragungen.
- 6) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens.
- 7) Gebietskörperschaften (einschließlich Bundeseisenbahnvermögen und Erblastentilgungsfonds) sowie Sozialversicherung

Quellen: Statistisches Bundesamt (vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen), Berechnungen des IWH; 1998 und 1999 Prognose.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung getrennt für West- und Ostdeutschland

Vorausschätzung für die Jahre 1998 und 1999

	1997	1998	1999	1998		1999	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

DEUTSCHLAND

Zahl der Erwerbstätigen	-1,4	-0,2	0,5	-0,4	0,1	0,4	0,6
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	0,1	-0,1	-0,1	0,2	-0,5	-0,1	-0,1
Arbeitstage	-0,2	0,4	0,2	0,0	0,7	0,3	0,2
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-1,4	0,1	0,6	-0,2	0,3	0,5	0,6
Produktivität 1)	3,7	2,6	2,1	3,2	2,0	1,6	2,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	2,2	2,6	2,7	2,9	2,3	2,2	3,1

WESTDEUTSCHLAND

Zahl der Erwerbstätigen	-1,0	0,2	0,6	0,0	0,3	0,5	0,7
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	0,3	-0,1	-0,1	0,3	-0,5	-0,1	-0,1
Arbeitstage	-0,1	0,3	0,2	0,0	0,7	0,3	0,1
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-0,9	0,4	0,7	0,3	0,5	0,7	0,7
Produktivität 1)	3,1	2,2	2,0	2,6	1,9	1,6	2,4
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	2,2	2,7	2,7	2,9	2,4	2,3	3,1

OSTDEUTSCHLAND

Zahl der Erwerbstätigen	-3,3	-1,7	-0,1	-2,4	-1,0	-0,3	0,2
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,5	-0,3	-0,2	-0,2	-0,4	-0,2	-0,2
Arbeitstage	-0,2	0,4	0,3	0,0	0,9	0,3	0,4
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-3,9	-1,6	0,1	-2,7	-0,6	-0,2	0,4
Produktivität 1)	5,8	3,7	2,5	5,6	1,9	1,4	3,6
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	1,6	2,0	2,6	2,8	1,3	1,2	4,0

2. Lohnstückkosten (Inlandskonzept) 2)

a) Mrd.DM

DEUTSCHLAND

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1.908,9	1.932,2	1.983,9	908,1	1.024,1	929,7	1.054,2
Bruttolohn- und gehaltsumme	1.520,5	1.539,6	1.585,5	722,2	817,5	741,7	843,8
Lohnstückkosten (1991 = 100)	110,1	108,7	108,7	111,6	106,1	111,8	105,9

WESTDEUTSCHLAND

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1.636,6	1.659,8	1.705,8	779,8	880,0	799,3	906,5
Bruttolohn- und gehaltsumme	1.296,5	1.316,0	1.356,9	617,1	698,9	634,7	722,2
Lohnstückkosten (1991 = 100)	107,8	106,6	106,6	108,6	104,7	108,8	104,6

OSTDEUTSCHLAND

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	272,2	272,4	278,1	128,3	144,1	130,4	147,6
Bruttolohn- und gehaltsumme	224,0	223,6	228,6	105,1	118,5	107,0	121,6
Lohnstückkosten (1991 = 100)	112,7	110,8	110,3	118,5	104,6	119,2	103,2

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

DEUTSCHLAND

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	0,2	1,2	2,7	0,7	1,7	2,4	2,9
Bruttolohn- und gehaltsumme	-0,5	1,3	3,0	0,7	1,7	2,7	3,2
Lohnstückkosten	-1,8	-1,3	0,0	-2,0	-0,6	0,2	-0,2

WESTDEUTSCHLAND

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	0,4	1,4	2,8	1,0	1,8	2,5	3,0
Bruttolohn- und gehaltsumme	-0,2	1,5	3,1	1,0	1,9	2,9	3,3
Lohnstückkosten	-1,6	-1,2	0,1	-1,9	-0,6	0,2	-0,1

OSTDEUTSCHLAND

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	-1,1	0,1	2,1	-0,8	0,8	1,7	2,5
Bruttolohn- und gehaltsumme	-2,0	-0,2	2,2	-1,1	0,7	1,8	2,6
Lohnstückkosten	-2,4	-1,7	-0,4	-3,2	-0,3	0,6	-1,4

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde.
 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inland) je Beschäftigten (Inland) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (Inland)
 Quellen: Statistisches Bundesamt (vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen), Berechnungen des IWH; 1998 und 1999 Prognose.